



perspektive

Kreislaufwirtschaft

Magazin der Umweltgewerkschaft e.V. · Bremer Straße 42 · 10551 Berlin — Ausgabe Herbst 2020 — 2,00 €



**Die Erde brennt!
Stoppt die Zerstörung unseres Planeten**





Panorama des Harzes am Brocken

Selbstverständnis

Das Magazin „Perspektive Kreislaufwirtschaft“ ist das Magazin der Umweltgewerkschaft. Es erscheint bisher einmal jährlich.

Eine lebenswerte Zukunft in einer intakten Umwelt – das wünscht sich die überwältigende Mehrheit der Menschen weltweit für sich und nachfolgende Generationen. Um die Erde als Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen zu erhalten, muss ihre rücksichtslose Ausplünderung beendet werden. Hauptverantwortlich für die dramatische Zerstörung unserer natürlichen Umwelt ist die vorwiegend auf Gewinnmaximierung ausgerichtete kapitalistische Produktionsweise.

Unsere Alternative ist eine weltweite Kreislaufwirtschaft auf Basis erneuerbarer Energien sowie eines verantwortungsvollen Konsums. Wie in der Natur, die keinen Müll kennt, müssen auch in der menschlichen Produktion und Konsumtion die stofflichen Kreisläufe geschlossen werden. Durch eine umfassende Kreislaufwirtschaft können der Raubbau an der Natur und die Umwelt- und Klimakrise überwunden werden. Wir treten für eine Gesellschaft ein, in der die Einheit von Mensch und Natur verwirklicht wird.

Wir suchen die Zusammenarbeit mit Umweltverbänden und -initiativen sowie mit den bestehenden Industrie- und Dienstleistungsgewerkschaften. Wir unterstützen die Proteste für soziale Forderungen, für umweltverträgliche und gesundheitsschützende Technologien und Produktionsweisen, gegen umweltzerstörende Großprojekte, gegen die krankmachenden Folgen des Verkehrs, der Vergiftung der Natur usw. Wir fördern den Zusammenschluss mit Umweltbewegungen weltweit.

Wir haben uns dem Internationalistischen Bündnis als Trägerorganisation angeschlossen, um gemeinsam gegen die Rechtentwicklung der Regierung und im Staatsapparat, gegen wachsende Ausbeutung, Unterdrückung, Kriegsgefahr und Umweltzerstörung und für internationale Solidarität zu kämpfen.

Die Redaktion des Magazins hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Leser*innen ein Bild zu vermitteln über Widerstand, Kämpfe und Erfolge für den Erhalt unserer natürlichen Umwelt. Wir wünschen uns dafür die Unterstützung vieler Autor*innen aus der Umweltbewegung. Wir streben nach einer ausgewogenen Mischung aus wissenschaftlicher Expertise, praktischen Erfahrungen und umweltpolitischer Aktualität.

Unsere Verbundenheit mit der Frauenbewegung und unser Ziel der Gleichstellung aller Geschlechter drücken wir auch dadurch aus, dass wir in den Texten der Redaktion alle Geschlechter erkennbar machen. Wir bitten auch unsere Autor*innen, mit Sternchen (*) zu gendern.

Kritik und Vorschläge zu allem, was Euch zum Magazin bewegt, sind willkommen.

Inhalt

Die Umweltkrise: Wie zerstörerisch sind und werden die Folgen?	4
Nein zum Lithiumabbau in den Hochanden	6
Das Kraftwerk Datteln IV Lügen, Rechtsbrüche und Umwelterstörung	7
Zusammenschluss von Umweltschützern und Arbeitern in Dattel	7
Kampfprogramm der Umweltgewerkschaft zu Datteln	8
Erdgas ist keine Brückentechnologie	8
Das Kohleausstiegsgesetz muss abgelehnt werden!	9
Schöne grüne Siemens-Welt	10
Tesla Gigafactory: Ein Beitrag zur Verkehrswende?	11
Verbrenner oder E-Mobilität keine Alternative!	12
Leserbrief: Brennstoffzellen	12
Stuttgart 21 – Politischer Betrug	12
Kunst von Peter Lenk zu Stuttgart 21	12
G5 – Überwachung und Umwelterstörung	13
Genmanipulationen: Erstes CRISPR-Kalb geboren	16
Robert Habeck und der Atommüll	17
Keine Müllverbrennung im Zementwerk Dotternhausen	18
Müllverbrennung – Die chronische Volksvergiftung	19
Müllverbrennungsanlage Bützfleth wird nicht gebaut	19
Arbeitsplatzvernichtung in der Solarindustrie	19
Ausbau der Windkraft ist dringend notwendig	20
„Vernunftkraft“ boykottiert den Ausbau der Regenerativen Energien	21
Ist Ken Jebsen ein Naziflüsterer?	22
Corona-Pandemie	23
Kampf gegen die Carmichael-Kohlemine in Australien	24
Stoppt das Kohlekraftwerk Rampal in Bangladesh	25
Portraits Umweltaktivistinnen Makenna Muigai und Vanessa Nakate	26
Weltklimatag in Peru	27
Umweltschützer ermordet	27
Ministerin für Übergangsfristen: J. Klöckner	28
Die Solidarität der Arbeiterklasse wächst	28
Klimagerechtigkeit	29
Klimaneutralität – die richtige Antwort?	31
Transformationstheorien nicht auf den Leim gehen!	32
Mitgliedsantrag der Umweltgewerkschaft	33
Kinderseite	34

Vorstand und Sitz des Vereins: **Umweltgewerkschaft e.V. · Bremer Straße 42 · 10551 Berlin**

Email: vorstand@ug-buvo.de · Internet: www.umweltgewerkschaft.org

Wir freuen uns über Eure Spende! · GLS Bank – IBAN DE49 4306 0967 1199 5031 00

ViSDP: Mohan Ramaswamy

gedruckt auf recyceltem Papier mit mineralöl- und schwermetallfreien Druckfarben AktivDruck, Göttingen

Titelbild + U4 Montage Mohan Ramaswamy, Fotos Umweltgewerkschaft, Wikimedia, Gerhard Mester/sfv, fotografik · Layout ЯHR fotografik, Göttingen

Liebe Leser*innen,

alle reden von SARS-CoV-2. Neben der pandemischen Katastrophe, die die Ungleichheiten in der Welt wieder einmal verschärft deutlich gemacht hat, war für die drohende Umweltkatastrophe kaum noch Raum.

Soziale Ungleichheit hängt unmittelbar mit den Kernfragen der Umweltpolitik zusammen. Die Diktatur der Konzerne sorgt für die Verschwendung von Rohstoffen. 7% der Weltbevölkerung (mit einem Einkommen mehr als 10.000 €/Monat) sind verantwortlich für 50% aller Treibhausgasemissionen. Die wenigen Reichen und ihre Konzerne verursachen eine Ressourcenkatastrophe – die Folgeschäden haben alle zu ertragen.

In jeder Hinsicht: Die Erde brennt!

Symbolisch und real: Viel zu viel Strom wird durch Verbrennen fossiler Ressourcen erzeugt.

Das Vernichten der Wälder durch verheerende Waldbrände weltweit bedeutet, dass Lebensräume für die Tierwelt reduziert werden. Das wiederum führt dazu, dass die Nähe der Lebensgebiete von Mensch und Tier zur leichteren Übertragung von Krankheiten führt. Zoonosen sind einer der Ursachen für Ausbrüche von SARS, MERS und SARS-CoV-2. Dieser Zusammenhang ist nicht kurzfristig und nicht reversibel.

Daher widmet sich diese Ausgabe ausführlich den Umweltkämpfen und der Diskussion um den Verbrennungsmotor und alternative Antriebe. Im „Autoland Deutschland“ wurde nur knapp verhindert, dass die Bundesregierung den Autokonzernen mal wieder eine Abwrackprämie zukommen lässt, die ein Ressourcen- und Umweltverbrechen ersten Grades gewesen wäre.

So wie die Hauptverursacher der Umweltkrise eine globale Verbrecherbande sind, so ist der Kampf um die Welt nicht nur ein nationaler, sondern ebenso ein globaler, ein internationaler Kampf. Daher liefert das Magazin der Umweltgewerkschaft Informationen und Diskussionsbeiträge hierzu in einem eigenen Themenblock.



Foto: Rainer Recker/fotografik

Auch in die herkömmlichen Medien hat die Erkenntnis Einzug gehalten, dass wir kämpfen müssen: „Wir leben nicht im Zeitalter des Menschen, sondern des Kapitals“, sagt der Humanökologe Andreas Malm in der Wochenzeitung ‚der Freitag‘. Trotz Coronazeiten oder gerade deswegen fordert er „auf die Straße zu gehen, um den Planeten vor dem Kollaps zu retten. Öffentliche physische Präsenz ist die Grundlage für den politischen Kampf.“

Dafür brauchen wir eine starke kämpferische Organisation – werdet Mitglied in der Umweltgewerkschaft.

„Wenn Sie den IPCC SR1.5-Bericht ... lesen, kann selbst ein Kind erkennen, dass die Klima- und Umweltkrise innerhalb des heutigen Systems nicht gelöst werden kann.“

„Um eine Klimakatastrophe zu vermeiden, müssen wir es ermöglichen, Verträge zu zerreißen und bestehende Geschäfte und Vereinbarungen aufzugeben, in einem Ausmaß, das wir uns heute noch nicht einmal vorstellen können. Und solche Aktionen sind im heutigen System weder politisch noch wirtschaftlich noch rechtlich möglich.“

Mitglieder des „Alternativen Nobelpreises“ (Right Livelihood Award), Greta Thunberg und andere in einem offenen Brief an den EU-Gipfel vom 16. Juli 2020

IHR BUNDESVORSTAND
UMWELTGEWERKSCHAFT

Wir dürfen uns nicht der Hoffnung hingeben, dass noch Zeit wäre. Unser Handeln jetzt entscheidet lediglich noch darüber, wie tiefgehend die Folgen der Umweltkrise sein werden, die das Leben heute und das zukünftiger Generationen beeinflussen wird. Wir sind mitten in einem schleichenden und manchmal sprunghaften Zerstörungsprozess. Es sind unumkehrbare Prozesse entstanden wie der Anstieg der Erderwärmung oder das Schmelzen des Eises von Gletschern, der Polkappen usw. Nur völlig korrupte und skrupellose Wissenschaftler und Politiker können diese Tatsachen leugnen.

bis 2030 etwa 90% der Korallenriffe zerstören. Die sind Lebensraum für 1/4 aller Meereslebewesen und Nahrungs- und Einkommensquelle für eine halbe Milliarde Menschen. Außerdem schützen Korallenriffe bei Stürmen vor Überflutungen. Durch die Meeresspiegelanstieg steigt das Risiko für Tropenstürme. Die Meeresspiegel werden steigen. Wie hoch hängt vom Grad der Erderwärmung und verschiedenen anderen Faktoren ab. Selbst wenn es gelingt, die globale Erwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, ist schon jetzt durch die Trägheit des Systems ein Meeresspiegelanstieg initiiert, der bis 2300 bei zwei bis drei Metern liegen und

des arktischen Meereises, Absterben borealer Wälder u.a.) in einen Zustand gerät, den Wissenschaftler als „Hothouse Earth“ bezeichnen. Diese Kipppunkte, die unumkehrbare Veränderungen zur Folge haben, könnten schneller erreicht werden als Wissenschaftler bisher angenommen haben. Eine solche Hitzezeit wäre langfristig durch etwa 4°C bis 5°C höhere Temperaturen charakterisiert. Solche Durchschnittstemperaturen würden ein Leben auf weiten Teilen des Planeten unmöglich machen.

Die Ernährung vieler Menschen ist heute bereits bedroht, weil durch das Mehr an CO₂, das Nahrungspflanzen auf-

Die Umweltkrise: Wie zerstörerisch sind und werden die Folgen?

Die Bedrohung ist so, dass sie die Existenz des Lebens auf diesem Planeten in Frage stellt. Seit Ende des 2. Weltkriegs wurden über 70% des CO₂ emittiert, das in der Atmosphäre ist. Im Mai 2019 wurden im Observatorium in Mauna Loa (Hawaii) 418,1 ppm gemessen, vor 60 Jahren waren es 100 ppm weniger. In weniger als zwei Generationen sind also Bedingungen entstanden, die aus unserem schützenden Lebensraum Erde einen unwirtlichen, feindlichen Planeten bereits machen und weiter machen werden. Wir können natürlich im Rahmen eines Artikels nicht die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Ergebnisse von Modellrechnungen zu den möglichen Folgen der Umweltzerstörung wiedergeben. Wichtig ist aber, dass man nicht nur einzelne Erscheinungen betrachtet, sondern versteht, welche allseitigen Folgen das Emittieren der Treibhausgase hat. Die Meere beispielsweise, produzieren die Hälfte unseres Sauerstoffs, sie nehmen ein Viertel der CO₂-Emissionen auf und 90% der überschüssigen Wärme. Das zusätzliche CO₂ führt aber gleichzeitig zu einer Versauerung des Meerwassers, die die Erderwärmung um 1/4 bis zu 1/2 Grad verstärken kann. Die Versauerung könnte

damit viele Küstenzonen unbewohnbar machen wird. Die Überfischung der Meere als Folge der Profitmacherei führt zum Aussterben von Fischarten und bedroht die Ernährung von 800 Millionen Menschen, für die Fisch die einzige Eiweißquelle ist. Plastik und Mikroplastik verseuchen die Meere und gelangen in die Nahrungskette. Tote Zonen von der Fläche Europas sind entstanden. Lediglich 13% der Weltmeere sind unbeeinträchtigt.

Wie die Meere durch menschliche Einflüsse bedroht sind, so sind es auch



Foto: Jan Eferit, Florian Kaltsch

die Wälder und die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen. Trockenheit und Wassermangel als Folge geringer Niederschläge nehmen bei uns zu. Auch bei einer Minderung der Treibhausgasemissionen bleibt als ein Risiko, dass der Planet durch verschiedene Kipppunkte (Auftauen der Permafrostböden, Verlust

nehmen, der Anteil wichtiger Nährstoffe gesenkt wird. Seit 1950 ist der Anteil von Protein, Calcium, Vitamin C, Eisen usw. um 1/3 zurückgegangen.¹ Die weltweit agierenden Saatmittelkonzerne lassen Pflanzensamen patentieren und wollen mit genmanipulierten Züchtungen die Ernährung weltweit unter ihre Kontrolle bringen. Der Antrieb ist nicht Beseitigung des Hungers auf dieser Welt, sondern Profitmacherei.

Jeder 6. Todesfall weltweit ist auf Luftverschmutzung zurückzuführen. In 98% der Städte werden die von der WHO vorgegebenen Grenzwerte für Atemluft überschritten. Luftverschmutzung macht krank, Feinstaub verringert die kognitive Leistungsfähigkeit. Das menschliche Erbgut kann in der Nähe von Kohlekraftwerken deformiert werden. In den Städten wird es immer heißer. Schon heute kämpft eine Milliarde Menschen mit der Hitzebelastung. 1/3 sind mindestens 20 Tage im Jahr tödlichen Hitzewellen ausgesetzt.²

Mit der Klimaerwärmung ist eine Verschiebung der Temperaturzonen und der Pflanzen- und Tierwelt verbunden. Dadurch werden wir mit neuen Krankheiten konfrontiert.



Die UNO geht von 200 Millionen Klimaflüchtlingen bis 2050 aus. Denkbar sind aber auch eine Milliarde und mehr.³ Die angesprochenen Punkte sind nur ein Teil der Bedrohungen, die die Umweltkrise bereits hervorbringt.

Politik und Wirtschaft verschärfen die Umweltkrise

Politik, Konzerne und bestimmte Medien versuchen dagegen immer noch die wahre Bedrohung herunterzuspielen. Mit dem Argument „Arbeitsplätze“ wird das Festhalten an der bisherigen Politik der Umweltzerstörung gerechtfertigt.



Kinder trifft die Umweltkrise besonders

Man will uns einreden, Umweltschutz sei ein Kostenfaktor oder ein Jobkiller. Wer genau hinschaut, sieht, dass die kapitalistische Konkurrenz und die Profitmacherei die wirklichen Jobkiller sind. Wir erleben doch, dass mit dem Argument „kostengünstig“ Arbeitsplätze in so genannte Billiglohnländer verlagert wurden und werden und aus Gewinngründen allein bei uns Millionen Menschen prekär beschäftigt sind.

Der Wunsch, Arbeit zu haben, wird gegen den Wunsch jedes Menschen nach einer lebenswerten Zukunft ausgespielt. Ist das nicht eine Bankrotterklärung des Profitsystems!

Die Regierung hat im Mai Maßnahmen beschlossen, die in erster Linie den großen Umweltzerstörern zugutekommen. Neun Milliarden Euro für die Lufthansa, obwohl

der Flugverkehr besonders klimaschädigend ist. Die Autoindustrie, die Milliarden Gewinne gemacht hat, wird mit Steuergeldern unterstützt. Die zugesagten Zuschüsse für Bahn und ÖPNV reichen dagegen nicht einmal, um die Einnahmeausfälle durch die Corona-Krise zu decken. Übrigens, 2019 wurden in der BRD insgesamt 230 km Straße neu gebaut und ausgebaut, bei der Bahn nur sechs Kilometer. Alle klimaschädigenden Subventionen bleiben erhalten. Es wird weiter an der zerstörenden Kohleverstromung bis 2038 festgehalten und mit Datteln IV wurde sogar ein neues Kohlekraftwerk in Betrieb genommen.

Die Kriegsministerin Kramp-Karrenbauer will 150 neue Kampffjets kaufen, die den Tornado ersetzen sollen. Der Stückpreis eines Eurofighters beträgt etwa 100 Millionen Euro. Die Beschaffung von 30 US Kampffjets F-18 wird mehr als sieben Milliarden Euro kosten. Kriege tragen zur Verseuchung und Zerstörung der Umwelt bei und kosten Menschenleben. Das gilt auch für die Verlängerung und Ausweitung des Bundeswehreinsetzes in Mali.



UG Ulm am 1. Mai 2020

Die Regierung ist unfähig und unwillig, die richtigen Antworten auf die Folgen der Umweltkrise zu geben. Ihre Politik des „weiter so“ wird die Umwelt-

krise verschärfen. Merkel und Co dürfen so nicht weitermachen.

Im Programm der Umweltgewerkschaft heißt es: „Wir brauchen sauberes Wasser, saubere Luft und intakte Böden, gesunde Lebensmittel, umwelt- und ge-



Der Amazonas-Regenwald brennt ...

sundheitsschonende Arbeitsplätze, ein für die Menschheit lebensfreundliches Weltklima (...), den nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen, umweltschonende Anbaumethoden, artgerechte Tierhaltung, Landschaftspflege und Naturschutz.“⁴

„Mit dem technischen Fortschritt, der modernen Wissenschaft, dem hohen Bildungsniveau (...) sind heute die besten Voraussetzungen geschaffen für eine Welt ohne Umweltzerstörung, Ausbeutung, Hunger und Kriege.“⁵ (...) Wir treten für eine gesellschaftliche Alternative ein, in der die Einheit von Mensch und Natur verwirklicht wird.“⁶

1 Wallace-Wells, David: Die unbewohnbare Erde, Ludwig Verlag München 2019, S. 75

2 a.a.O.: S.65

3 a.a.O.: S.17

4 Programm der Umweltgewerkschaft, S. 6

5 a.a.O.: S.4

6 a.a.O.: S.5

<https://umweltgewerkschaft.org/de/ueberuns/programm-umweltgewerkschaft.html>



Anfang Dezember 2019: Massendemonstrationen in Santiago de Chile gegen die Pinera-Regierung. Die krasse Umweltzerstörung war eines der Motive für den landesweiten Volksaufstand. Die dort geplante Weltklimakonferenz wurde von Pinera abgesagt – aber der alternative „Gipfel der Völker“ fand trotzdem statt. Die Umweltgewerkschaft beteiligte sich aktiv. Die Polizei schoss mit Tränengas. — Ausführlicher Bildbericht über die Chile-Peru-Reise auf der UG-Homepage zu finden unter ‚Themen‘: www.umweltgewerkschaft.org —

Nein zum Lithiumabbau in den Hochanden

Lithiumkarbonat ist der Rohstoff für ein leichtes, silbriges Metall, das als Bestandteil von Batterien heute in fast allen Computern, Telefonen und Elektroautos zu finden ist. Etwa 80 Prozent des weltweiten Lithiumbestandes befindet sich in Salzseen im sogenannten



Lithiumdreieck zwischen Südbolivien und dem Norden von Chile und Argentinien. Dieses Dreiländereck in den Hochanden ist eines der trockensten Gebiete der Erde. Chile ist der zweitgrößte Lithiumproduzent der Welt. Doch der Abbau am Atacama-Salzsee hat dramatische Folgen, unter denen besonders die indigenen Völker und die Tiere der Region leiden. Zur Rohstoffgewinnung pumpen die Abbaunternehmen das lithiumhaltige Wasser aus den Salzseen und leiten

es in Verdunstungsbecken. Da der Lithiumanteil im Wasser weniger als ein Prozent ist, verbraucht dieser Prozess Unmengen an Wasser. Um eine Tonne Lithium zu erhalten, müssen zwei Millionen Liter Wasser verdunsten. Dieser massive Eingriff in den Wasserhaus-



halt führt zum Absinken des Grundwasserspiegels. Die für Menschen, Tiere und Pflanzen so wichtigen Lagunen und Flussebenen trocknen aus. Die indigene Gemeinschaften haben über tausende Jahre ihre ganze Zivilisation inmitten der trockensten Wüste der

Welt aufgebaut. Doch nach 20 Jahren Lithiumabbau in der Region ist ihre Lebensweise massiv bedroht. Mit ihren riesigen Baumaschinen zerstören die Abbaufirmen Wasserstellen für Tiere, vertreiben Tiere und wirbeln riesige Mengen an Staub auf. Die Abbaunternehmen arbeiten mit Bestechung, Betrug und Gewalt, um die indigenen Gemeinschaften spalten. Es ist völlig abzulehnen, dass solche Zerstörungen verursacht werden, um Produkte wie Batterien für Autos zu produzieren.

Das Kraftwerk Datteln IV

Eine Geschichte aus Lügen, Rechtsbrüchen und Umweltzerstörung



Datteln IV

Vielleicht wundern sich manche, warum gegen das *eine* neue Kraftwerk Datteln IV so viele Kämpfe und Proteste der Arbeiter- und Umweltbewegung stattfinden. Sicher, es sind noch jede Menge Steinkohle-, Braunkohle- und Gaskraftwerke am Netz und deren Abschaltung und Ersatz durch klimaneutrale erneuerbare Energien ist dringend geboten. Datteln IV aber ist ein regelrechtes Fanal für die verlogene und zerstörerische Umweltpolitik der internationalen Monopole und der Bundes- und Landesregierung.

Zunächst wird in Berlin ein „Kohleausstiegsgesetz“ beschlossen, das in Wirklichkeit die Kohleverbrennung bis mindestens 2038 am Laufen hält. Und wie zum Hohn wird für Datteln IV ein eigenes Gesetz erlassen, damit der Meiler doch noch ans Netz kann, gegen die Empfehlungen des so hochgelobten „Kohle-Kompromisses“ und ungeachtet der Tatsache, dass es schon bei Planung und Bau von Datteln IV zu unzähligen Verstößen gegen Auflagen, Genehmigungen usw. kam. Nun werden auch noch die 200 Arbeitsplätze als Argument benutzt, die mit dem Kraftwerk verbunden sind. Verschwiegen werden die Tausende von Arbeitsplätzen, die mit der Stilllegung der Zechen an Saar und Ruhr vernichtet wurden und werden.

Von wegen sauberes Kraftwerk, wie es Uniper, Landes- und Bundesregierung versprechen. Datteln IV stößt Emissionen von 40 Millionen Tonnen des Treibhausgases CO₂ aus, mehr als die anderen Uniper-Kohlekraftwerke in Deutschland zusammen. Dazu kommt der CO₂-Ausstoß der Kohletransporte aus Kolumbien, Russland und den USA. Datteln IV steht 600 – 700 m vom Wohngebiet Meistersiedlung entfernt. Emissionsfreie und viel leisere Windkraftanlagen müssen in NRW dagegen mindestens 1.500 m von Wohngebieten Abstand halten! Die Menschen bekommen Schmutz und Lärm des Kraftwerks ab. Gefährliche Feinstäube aus Quecksilber, Blei, Arsen und schädliche Gase (Stickoxide, Ozon) verteilen sich über Felder, Landschaftsschutzgebiete, eine Kinderklinik und gefährden Mensch, Natur und Landwirtschaft.

Von 2005 bis 2020 dauerte die Fertigstellung von Datteln IV, erst durch den Energiekonzern E.ON, dann durch Uniper, gegen heftigen Widerstand. Ohne die Mithilfe der CDU/FDP- und der SPD/Grünen-Landesregierungen sowie der Bundesregierung wäre das Kraftwerk nicht am Netz. Die SPD/Grünen-Landesregierung erlaubte 2013 und 2017 den Weiterbau. Auch der Dattelner Stadtrat, die Bezirksregierung Münster und der Regionalverband Ruhr tanzten nach der Pfeife von E.ON und Uniper. Ein Musterbeispiel, wie Großkonzerne ihre Diktatur über die Gesellschaft ausüben.



Protest gegen Datteln IV Düsseldorf 20.5.2020



Protest gegen Datteln IV vorm Wirtschaftsministerium in Berlin, 20.5.2020



TeilnehmerInnen der Demonstration in Datteln am 30. Mai 2020

Zusammenschluss von Umweltschützern und Arbeitern in Datteln

In Datteln protestierten am 30. Mai 2020 hunderte Menschen rund um das Kraftwerk bei vielfältigen Aktionen gegen die Inbetriebnahme des Kraftwerks. Datteln IV ist ein weiteres Symbol der umweltzerstörerischen Machenschaften von Energiekonzernen. Widerstand von Seiten der Anwohnerinnen und Anwohner gab es schon bei Beginn des widerrechtlichen Baus von Datteln IV. Seitdem fanden immer wieder Protestaktionen statt. Seit der Diskussion um den Kohleausstieg nehmen die Aktivitäten rund um das Kraftwerk allerdings erheblich zu. Und neu ist vor allem die Höherentwicklung der **Zusammenarbeit von Arbeiter- und Umweltbewegung**.

Neben vielen weiteren Aktionen fand eine kämpferische Demonstration unter Führung der Bergleute und ehemaliger Kumpel mit etwa 250 Teilnehmenden statt. Sie wurden von der RAG (Ruhrkohle AG) im Zuge der Zechenschließungen entlassen, ein großer Teil von ihnen gilt als nicht „anpassungsberechtigt“. Bei mittlerweile 13 Bergarbeiterdemonstrationen zeigten die Kumpel, ihre Familien und weitere Unterstützer, dass sie die Politik der verbrannten Erde durch die RAG nicht akzeptieren. Dabei geht es längst nicht mehr nur um die Vernichtung tausender Arbeitsplätze. Auch der Kampf gegen die Flutung der Schachtanlagen mit dem dort eingelagerten Giftmüll und tausenden Tonnen PCB gewinnt an Bedeutung. Außerdem wird die RAG mit ihrer gesamten Politik ins Visier genommen, die mit ihren Immobiliengesellschaften bezahlbaren Wohnraum immer weiter verknappt, Witwen das Deputat streicht und die durch die Arbeit mit Giftmüll unter Tage entstandene Krankheiten der Bergleute nicht anerkennt. Das lassen sich viele Kumpel schon lange nicht mehr gefallen! →

Bei dem Protest gegen die Inbetriebnahme von Datteln IV spielte auch eine Rolle, dass Kohle aus Kolumbien nach Datteln transportiert wird, während die Bergleute im Ruhrgebiet entlassen werden. Im Protest gegen Datteln IV zeigt sich eine neue Qualität in der Zusammenarbeit von Arbeiter- und Umweltbewegung. Ein erster Schritt zur Überwindung gegenseitiger Vorbehalte wurde unternommen. Bei den Kundgebungen am Kraftwerk wurden die Argumente ausgetauscht und die Aktionen mit Redebeiträgen unterstützt. So sprach sich eine Vertreterin von „Ende Gelände“ bei der Abschlusskundgebung der Bergarbeiterdemo entschieden gegen die Spaltung von Arbeiter- und Umweltbewegung aus. Häufig wurden bislang auch die Arbeiter von Kraftwerken, wie etwa bei den Protesten im Hambacher Wald, in die Schusslinie von Umweltaktivisten genommen. Viele Beschäftigte dort hatten wiederum vor allem den Erhalt ihrer Arbeitsplätze im Blick. Die Umweltgewerkschaft steht für den nötigen Zusammenschluss und tritt für den Schulterschluss von Arbeiter- und Umweltbewegung ein. Am 30. Mai wurde dies in Datteln erfolgreich vorangebracht. Christian Link, Sprecher von „Kumpel für AUF“, Bergmann und Moderator bei der Demo am 30.5. brachte es auf den Punkt: „Es gelingt nicht mehr, uns zu spalten, den Kampf um Arbeitsplätze gegen Umweltschutz auszuspielen, wie es Jahrzehnte lang gemacht wurde. Wir brauchen beides: Arbeitsplätze und eine saubere Umwelt.“ Es wurde deutlich, dass der Kampf gegen die Hauptverursacher in Konzernzentralen und Regierungen aufgenommen werden muss.



Kampfprogramm der Umweltgewerkschaft gegen das Kraftwerk Datteln IV

- Der Ausstoß von CO₂ und anderen Treibhausgasen muss radikal reduziert werden!
- Rasche und vollständige Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien!
- Datteln wird durch importierte Blutkohle aus Kolumbien betrieben. Gegen Raubbau an natürlichen Ressourcen und zerstörerische Abbaumethoden! Stopp dem Braunkohle Tagebau – weltweit!
- Für die sofortige Stilllegung des Kohlekraftwerkes Datteln IV und den Rückbau auf Kosten von Uniper!
- Für umweltverträgliche Ersatzarbeitsplätze für alle Beschäftigten und Zulieferer zum Kraftwerk Datteln IV!
- Für eine Pilotanlage für Kryo-Recycling zum vollständigen Recyceln von Kunststoffen, Elektronikschrott und Autoreifen in Datteln!

Bei den Kundgebungen am Kraftwerk wurden die Argumente ausgetauscht und die Aktionen mit Redebeiträgen unterstützt. So sprach sich eine Vertreterin von „Ende Gelände“ bei der Abschlusskundgebung der Bergarbeiterdemo entschieden gegen die Spaltung von Arbeiter- und Umweltbewegung aus. Häufig wurden bislang auch die Arbeiter von Kraftwerken, wie etwa bei den Protesten im Hambacher Wald, in die Schusslinie von Umweltaktivisten genommen. Viele Beschäftigte dort hatten wiederum vor allem den Erhalt ihrer Arbeitsplätze im Blick. Die Umweltgewerkschaft steht für den nötigen Zusammenschluss und tritt für den Schulterschluss von Arbeiter- und Umweltbewegung ein. Am 30. Mai wurde dies in Datteln erfolgreich vorangebracht. Christian Link, Sprecher von „Kumpel für AUF“, Bergmann und Moderator bei der Demo am 30.5. brachte es auf den Punkt: „Es gelingt nicht mehr, uns zu spalten, den Kampf um Arbeitsplätze gegen Umweltschutz auszuspielen, wie es Jahrzehnte lang gemacht wurde. Wir brauchen beides: Arbeitsplätze und eine saubere Umwelt.“ Es wurde deutlich, dass der Kampf gegen die Hauptverursacher in Konzernzentralen und Regierungen aufgenommen werden muss.

Der gemeinsame Kampf geht weiter – für Arbeitsplätze und Umweltschutz!

Erdgas ist keine Brückentechnologie für Kohleverbrennung



Foto: Rainer Recke/fotografik

Abgefackeltes Erdgas in der Raffinerie von Piombino, Italien

„Erdgas als Brücke in die Welt der erneuerbaren Energien.“ Das wird immer wieder von Energiekonzernen behauptet: „Erdgas ist zwar ein fossiler Energieträger, schließt aber eine wichtige Lücke bei der Herstellung der Versorgungssicherheit in den nächsten Jahrzehnten“, so z.B. Florian Siebert von der Erdgas Südwest am 25. November 2019¹

Wir haben Christfried Lenz dazu gefragt: „Da bei der Verbrennung von Erdgas weniger CO₂ emittiert wird als bei der Kohle, müsse Erdgas als Brückentechnologie dem Umstieg auf die Erneuerbaren vorgeschaltet werden. Es handelt sich um ein reines Betrugsmanöver. Denn ver-

schwiegen wird, dass im Zuge der Erdgasproduktion das extrem klimaschädliche Methan in solchen Mengen freigesetzt wird, dass der Klima-Fußabdruck des Erdgases schlechter ist als der der Kohle. Ersatz der Kohle durch Erdgas macht den ganzen Kohleausstieg klimapolitisch obsolet.“²

¹ www.erdgas-suedwest.de

² Auszug aus der Rede von Dr. Phil. Christfried Lenz von der Bürger-Energie-Altmark. Er hat sie auf der Kundgebung am 8.3.2020 anlässlich des Fukushima-Jahrestags vor dem AKW Neckarwestheim gehalten.



Das Kohleausstiegsgesetz muss abgelehnt werden!

Protest gegen Braunkohle-Abbau

Der Bundestag hat am 3. Juli 2020 per Gesetz den Ausstieg aus der Kohleverstromung erst für 2038 beschlossen. Das ist viel zu spät. Andere Länder in Europa steigen früher aus: Frankreich 2021, Italien 2025, Belgien ist schon kohlefrei, Niederlande Ausstieg bis 2030, Großbritannien und Österreich 2025, vielleicht noch früher, Schweden 2022, Norwegen ist kohlefrei, Finnland, der skandinavische Top-Ver Verschmutzer 2029. Wird von Wirtschaftsbossen und Politikern hier nicht immer von gemeinsamer europäischer Lösung beim Klimaschutz gesprochen und davon, dass die anderen Länder anfangen sollen? Offensichtlich will man so nur das eigene Nichtstun bemänteln.

Sieben der zehn größten CO₂-Emittenten der Europäischen Union stehen in Deutschland. Deutschland ist der größte Treibhausgas-Emittent in der EU. Vom Musterknabe beim Umweltschutz kann keine Rede sein.

In Deutschland wird weiterhin bevorzugt die besonders klimaschädliche Braunkohle verbrannt. Die ostdeutschen Töchter der tschechischen Energetický a průmyslový holding a.s. EPH, LEAG und Mibrag und die RWE im Rheinland erhalten am Ende sogar noch Entschädigungen von 4,3 Mrd. Euro. Das ist ein Ausgleich für entgangene Gewinne. Für die riesigen Schäden, die diese Konzerne angerichtet haben und weiter anrichten, werden sie nicht zur Verantwortung gezogen. Im Gegenteil, sie dürfen fast zwei Jahrzehnte weiter

die Gesundheit der Bevölkerung schädigen und hunderte Millionen Tonnen CO₂ emittieren. RWE darf noch fünf weitere Dörfer zerstören und 2.000 Menschen aus ihren Häusern vertreiben, um Platz für den Kohleabbau zu

machen. Auch Datteln 4 wurde noch in Betrieb genommen, obwohl Energie auf der Basis regenerativer Energien erzeugt werden kann.

Das Umweltbundesamt schätzt, dass eine Tonne CO₂ Folgeschäden in Höhe von 180 Euro erzeugt. Allein die deutschen Braunkohlekraftwerke haben im Jahr 2018 131 Millionen Tonnen CO₂ ausgestoßen. In den Jahren davor war es noch mehr. 131 Millionen Tonnen Kohlendioxid multipliziert mit 180 Euro sind knapp 23,6 Milliarden Euro Schaden. In einem Jahr!

Der ganze Vorgang dokumentiert, wie skrupellos Konzerne und Bundesregierung tatsächlich sind. Ein vorzeitiger Kohleausstieg wurde im Kohleausstiegsgesetz ausgeschlossen. Dieser hätte weiter hohe Entschädigungen zur Folge. Die Vereinbarung verhindert

damit auch den schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien zur Vollversorgung.

Was unterscheidet die Politik der Bundesregierung von der Trumps oder den Regierungen in Spanien, Polen und Tschechiens, den anderen TOP-Ver Verschmutzern? Eigentlich nur ihre Phrasologie. Sie reden von Klimaschutz, aber tatsächlich verstärken sie mit ihrer Politik die Klima- und Umweltzerstörung. In vollem Bewusstsein und mit voller Absicht werden durch das Kohleausstiegsgesetz unsere Lebensgrundlagen weiter zerstört. Eine solche Regierung darf nicht im Amt bleiben. Sie muss zurücktreten.

Für die Umweltbewegung ist es wichtig, aus diesem Vorgang richtige Schlussfolgerungen zu ziehen:

1. Überzeugende wissenschaftliche Argumente und die Tatsache, dass die Auswirkungen der Klima- und Umweltkrise immer deutlicher werden, führen nicht dazu, dass es zu durchgreifenden Veränderungen kommt. Politik und Konzerne versuchen, weiterhin die Bedrohung herunterzuspielen und zu verharmlosen.
2. Die Umweltbewegung darf sich nicht mehr länger mit leeren

Versprechungen hinhalten lassen. Sie muss die vom kapitalistischen Profitprinzip geprägte Art und Weise zu produzieren, zu konsumieren und zu leben in Frage stellen als die Ursache für den rücksichtslosen Raubbau an der Natur und der globalen Umweltzerstörung.

3. Die Debatte über eine menschenwürdige, gerechte Gesellschaft ohne Ausbeutung von Mensch und Natur muss unbedingt verstärkt werden.

4. Die Umweltbewegung muss alle Kräfte zusammenschließen, die das Ziel haben, die sich abzeichnende Katastrophe zu verhindern. Die Arbeiter*innen gehören dazu, wie die Schüler*innen-Bewegung, linke Kräfte und die vielen lokalen Initiativen.

Grafik: Gerhard Meister/stv



Zeitsprung 11 Jahre rückwärts: Zur Weltklimakonferenz 2009 protestierten in Kopenhagen 200.000 Menschen aus aller Welt und verlangten energisch Sofortmaßnahmen gegen die immer bedrohlichere Klimakrise. Ein Jahr zuvor war die bis dahin tiefste Weltwirtschaftskrise ausgebrochen: Kapitalismuskritik überall! „*System change – not climate change!*“ wurde erstmals zu einer Massenparole in der Umweltbewegung. Das Kapital reagierte mit einem Taktik-Wechsel und gab sich „grün“. In Deutschland stellte sich der Siemens-Konzern an die Spitze.

Schöne grüne Siemens-Welt – ein Trugbild von Anfang an!

„Niemand ist besser zum Anführer der grünen Revolution geeignet als Siemens!“ tönte Siemens-Chef Löscher im Juni 2009 in der Konzernzeitschrift „siemenswelt“.

Schon damals kritisierten umweltbewusste Siemens-Kollegen diese Sprüche öffentlich als „Greenwashing“-Propaganda. **Die Fakten rund 10 Jahre später:**

Der CO₂-Ausstoß, stieg auf einen Spitzenwert von 36,5 Milliarden Tonnen (2018).

Der CO₂-Anteil in der Atmosphäre stieg von 387 ppm auf 410 ppm (2019) und steigt weiter.

Entsprechend nahm und nimmt die Erderwärmung ungebremst zu.

Aber der Anteil „Erneuerbarer Energien“ ist doch gewachsen, mag man einwenden. Stimmt. Aber die Menge an verbranntem Öl, Kohle, Gas nahm aufgrund des Gesamtwachstums trotzdem zu! **Die „grüne Revolution“ war nie anders gemeint als ein neues kapitalistisches Geschäftsmodell:** „Erneuerbare“ nur dann und nur soweit sie hohe Profite versprechen. Und keinesfalls die exorbitanten Profite aus der Öl-Kohle-Gas-Verbrennung gefährden!

Die Umweltgewerkschaft warnte in ihrem Grundsatzprogramm 2016 vor einer „Umweltkatastrophe, die das Leben auf der Erde in seiner heutigen Form existen-

tiell akut gefährdet“ und orientiert auf einen „Schulterschluss zwischen Arbeiter- und Umweltbewegung“, um „eine weltweit überlegene Kraft gegen die Hauptverursacher in Konzernzentralen, Banken und Regierungen“ zu erreichen. Mit „Fridays-For-Future“ entstand Ende 2018 eine globale Jugendklimabewegung, die viele Menschen aufrüttelte.

Joe Kaeser, Löschers Nachfolger als Siemens-Chef, gibt sich angesichts dieses **gewachsenen Umweltbewusstseins** besorgt: „Die große Herausforderung der Menschheit ist der Klimawandel. Die Erd-

erwärmung schreitet voran. Darauf Antworten zu geben: Das halte ich für unsere Pflicht als globales Unternehmen! (...) Wir haben keinen Planeten B!“ (Rede auf der Siemens-Hauptversammlung 2019)

Schon wenige Monate später wird die **Heuchelei** offensichtlich: Siemens stieg in die Ausrüstung der riesigen Adani-Kohlemine in Australien ein. Statt den Auftrag abzulehnen, verteidigt ihn Siemens-Chef Kaeser gegen massive Kritik aus der Umwelt- und Klimabewegung. Die Umweltgewerkschaft protestiert energisch zusammen mit Klimaaktivisten vor der Siemens-Hauptversammlung am 5.2.2020 in München:



„In seiner Stellungnahme vom 13.1.20 gibt sich Kaeser als umweltbesorgter Schützer von Arbeitsplätzen. Das ist ein schlechter Greenwashing-Witz! Aktuell treibt Kaeser die Aufspaltung des ganzen Siemens-Konzerns voran, um noch mehr Profit zu machen. Tausende Arbeitsplätze wurden und werden zur Zeit vernichtet. Ausgerechnet im Windenergiebereich werden weitere 6000 Jobs gekappt! Der Solarbereich wurde schon vor Jahren verkauft – nicht profitabel genug! Stattdessen stieg

Siemens massiv ins Fracking-Geschäft ein. Aus der Siemens-Belegschaft wird dagegen schon seit Jahren die Umstellung der Produktion auf erneuerbare Energiesysteme gefordert! „(...) Rückzug vom ADANI-Vertrag! Rücktritt von Kaeser!“ (Flugblatt der Umweltgewerkschaft, 5.2.20)

Doch Kaeser tritt nicht zurück, im Gegenteil, über 90% der Aktionäre, darunter Black Rock und der Ölstaat Katar, bestätigen seinen Kurs. Kein Wunder, **die Dividende aus den Siemens-Profiten steigt seit 10 Jahren ununterbrochen!** Und Kaeser setzt noch einen obendrauf und verkündet:

„Die Klimakrise ist real. Sie ist global. Und sie ist eine existentielle Bedrohung für Millionen von Menschen. Letzten Endes betrifft sie alle Menschen auf diesem Planeten. Als eine der wahrscheinlich letzten Management-Generationen können wir noch rechtzeitig für eine Wende in der Klimafrage sorgen. Die Diagnose ist klar. Wir brauchen jetzt wirksame und zeitnahe Lösungen.“ (Rede auf der Siemens-Hauptversammlung 2020)

Jetzt aber wirklich, ganz ganz fest versprochen? Die vor 11 Jahren ausgerufene grüne Siemens-Revolution „reloaded“? Stöbert man auf der offiziellen Siemens-Homepage unter dem Stichwort „Energie“, kommt man fast ins Schwärmen über die schöne grüne Siemens-Welt, die dort in Bildern und Grafiken vermittelt wird. Es ist eine **Mischung aus realen fortschrittlichen Umwelt-Technologien und einer Flut neuer „grüner“ Begriffe** wie „Dekarbonisierung“, „Klimaneutralität“, „Sektorkopplung“, „Power-to-X“, „Zukunft Wasserstoff“ usw., die auf neuer Stufe das **alte Trugbild** eines ernsthaften „Kampfs“ gegen die Klimakrise vorgaukeln.

Die „wahrscheinlich letzten Management-Generation“ wird keineswegs „noch rechtzeitig für eine Wende in der Klimafrage sorgen“. Denn sie ist, wie ihre Konzerne, ausschließlich dem Sieg im Konkurrenzkampf um Maximalprofit verpflichtet. Ihr Greenwashing-Gerede kann das immer weniger vertuschen. Nicht beim Management, sondern **bei den Belegschaften** solcher internationaler Konzerne liegt das Potential, um im festen Bündnis mit der Umweltbewegung den kapitalistischen Umweltzerstörern das Handwerk zu legen! **Organisiert euch in der Umweltgewerkschaft!**

Tesla Gigafactory: Ein Beitrag zur Verkehrswende?

Tesla-Gelände Grünheide im Mai 2020 nach der Rodung von ca. 1/3 der Gesamtfläche

Im Märkischen Grünheide in der Nähe von Berlin wird eine Großfabrik (auch Gigafactory genannt) des Automobilherstellers Tesla gebaut. Ab Sommer 2021 sollen etwa 10.000 Beschäftigte in 3 Schichten jährlich 500.000 Fahrzeuge bauen. Im Juli hieß es, dass zusätzlich eine Batteriefabrik gebaut werden soll. Hauptgrund, diese in Grünheide zu bauen, sind sicher die Subventionen, die Wirtschaftsminister Altmaier Tesla-Chef Elon Musk angeboten hat. Auf Musks Pläne haben Politiker in Berlin-Brandenburg teilweise euphorisch reagiert. Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) z.B. so: „Tesla hat die Planung für eine Produktion von Batteriezellen in Grünheide begonnen. (...) Das ist erneut eine großartige Nachricht. Ein Baustein mehr, Brandenburg „zum führenden Energiewendeland in Deutschland und Europa zu machen.“¹

Die Nachricht von Herrn Steinbach heißt also nicht: in Deutschland brauchen wir endlich einen flächendeckenden Ausbau von Bahn und ÖPNV zum Nulltarif, die Einschränkung des Individualverkehrs, mehr Fahrradwege etc., sondern Brandenburg soll zum führenden Energiewendeland in Europa werden. Geht's noch?



Offensichtlich trunken von der Aussicht auf neue Arbeitsplätze – Wer garantiert die eigentlich? – haben die Ver-

antwortlichen das Grundstück günstig verkauft. Sie erteilen Tesla Genehmigungen zum Weiterbau, ohne verpflichtende Gutachten und ohne Bürgeranhörung. 90 Hektar Wald wurden in kürzester Zeit gerodet. Auf dem Gelände wurden seit Februar Baufahrzeuge betankt, was verboten ist. Nachdem die Bürgerinitiative

Auch Fahrzeuge mit Batterie-Antrieb sind problematisch für die Umwelt. Die Rohstoffe Lithium, Kobalt, Platin etc. zur Herstellung der Batterien werden durch Umweltzerstörung und unter menschenunwürdigen Bedingungen (z.B. im Kongo, in Chile) gewonnen. Es gibt Pläne, die Meere zur Rohstoffgewinnung auszuplündern. Ein funktionierendes Recyclingsystem für Altbatterien gibt es bisher nicht. Es wird noch mehr Müll entstehen und auf Müllplätzen irgendwo auf diesem Planeten landen. Wir sind für einen beschränkten Einsatz von Automobilen mit E-Antrieb, da sie kein CO₂ mehr ausstoßen. Die Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren 1:1 durch E-Autos zu ersetzen, würde aber nichts ändern am Verkehrschaos, den Staus, an der Feinstaubbelastung und dass weiter Landschaften zugebaut werden.

Grünheide das Landesamt für Umwelt auf dieses illegale Verhalten hingewiesen hat, wurde am 3.8. die Erlaubnis dafür unter Auflagen erteilt. 1 Tropfen Diesel vergiftet übrigens 1000 Liter Wasser.

Das 300 Hektar große Gelände liegt in einem Wasserschutzgebiet. Es ist ein großflächiges Waldgebiet nahe dem Naturschutzgebiet und FFH-Gebiet Löcknitztal. Das artenreiche Löcknitztal liegt nur wenige hundert Meter von der geplanten Autofabrik. Grundwasserabsenkungen, der hohe Wasserverbrauch der Fabrik – Im Februar waren es 372 Kubikmeter pro Stunde, jetzt sollen es 238 Kubikmeter sein – Schadstoffe, Lärm und Verkehr werden sich mit Sicherheit sehr negativ auf die Lebenssituation der Menschen und auf die Tier- und Pflanzenwelt auswirken. Ungeklärt ist der Verbleib des Abwassers der „Gigafactory“. Es werden Batterien gefertigt und die produzierten Fahrzeuge lackiert.

Es gibt von Seiten der politisch Verantwortlichen auch noch keine Pläne, wie die „Gigafactory“ mit den tagtäglichen Produktionsmitteln und rund 3.000 Arbeitskräften im Schichtbetrieb versorgt und wie die produzierten Fahrzeuge an die Verkaufsstellen transportiert werden sollen.

Trotz vieler offener Fragen geht der Bau aber weiter. Die schwarz-rot-grüne Landesregierung schafft zusammen mit Tesla vollendete Tatsachen.

Um uns selbst ein Bild zu machen, machten wir von der Berliner Ortsgruppe der Umweltgewerkschaft an Pfingsten einen Spaziergang vor Ort. Dort lernten wir eine Vertreterin der Bürgerinitiative (BI) gegen die Ansiedlung von Tesla in Grünheide kennen.

Wir luden die BI zu unserem Monatstreffen im Juli ein. Genauestens vertraut mit dem Bauvorhaben, berichteten sie über ein breites Spektrum von Maßnahmen, die für uns nur die Schlussfolgerungen ziehen ließen:

1. Die Art und Weise, wie dort das Bauvorhaben durchgeführt wird, grenzt an mafiose Strukturen.
2. Diese Produktion ist das Gegenteil von umweltfreundlich.

Auf unserem Treffen waren wir urlaubs- und coronabedingt 14 Teilnehmer*innen. Sorgen wir dafür, dass es mehr werden.

Gebaut werden soll im Tesla-Werk übrigens das Modell Y. Ein SUV, der nicht unter 60.000 € zu haben ist. Wer braucht solche Autos eigentlich?

Weitere Informationen gibt es auf der homepage der UG: <https://www.umweltgewerkschaft.org/de/a-c/berlin.html> und der BI: <https://www.bi-gruenheide.de/>



¹ <https://www.pnn.de/brandenburg/produktion-in-brandenburg-tesla-werk-in-gruenheide-wird-um-batteriefabrik-erweitert/26035116.html>

Verbrenner oder E-Mobilität im PKW-Bereich keine Alternative!

Die Medien berichten uns immer wieder, dass Toyota und Hyundai führend in der Herstellung von Brennstoffzellen-Autos seien¹ und die deutschen Autokonzerne eine entsprechende Entwicklung verpennten würden. Lange Zeit dienten Umweltprobleme mit der E-Mobilität als Vorwand, um an der Verbrennungstechnik festzuhalten. In der gesamten Klimabilanz (einschließlich der Akkus beim Vergleich von Autos vergleichbarer Größe) sind die Emissionen von E-Autos in der gesamten Lebensdauer um 24 Prozent geringer als die von Benzinern und um 16 Prozent gegenüber dem Diesel (Ergebnis von 24 unterschiedlichen Untersuchungen)². Sollen wir uns deshalb vor ihren Karren spannen lassen? Nein.

Umwelt- und Arbeiterbewegung müssen gemeinsam kämpfen für die Umstellung auf eine emissionsfreie Mobilität und zwar nicht auf unsere Kosten, sondern auf Kosten der Profite. Entscheidend ist dabei der Ausbau eines umweltverträglichen öffentlichen Verkehrssystems, von Brennstoffzellen betriebenen Bussen bis zu den Bahnen. Nur mit einem gut ausgebauten ÖPNV können die wachsenden Pendlerströme bewältigt werden. Nur wenn der Güterverkehr massenhaft



auf die Schiene verlegt wird, werden die Staus zurückgehen und die Versiegelung der Erde mittels Straßen kann zurückgebaut werden. Der Ausbau und die Entwicklung des privaten Personennahverkehrs ist eine Sackgasse und diente nur den Profiten auf Kosten einer gigantischen Zerstörung von Mensch und Natur.

Nur in einer Einschränkung des Individualverkehrs liegt die Zukunft unserer Mobilität. Deshalb gilt: Einführung und Ausbau des kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs! Ersetzung aller fossil betriebenen Nahverkehrsmittel durch Elektro-, Wasserstoff-, Oberleitungs- und Schienenfahrzeuge, kürzere Taktzeiten und mehr direkte Linienverbindungen, Werksbusse zu den Großbetrieben, Ausbau sicherer Radwege!

¹ z.B. Süddeutsche Zeitung vom 4.4.2020

² autozeitung.de vom 18.09.2019; agora-verkehrswende.de vom Mai 2019

Brennstoffzellen – nur bei LKW und Bussen

Leserbrief aus Stuttgart (leicht gekürzt)

Seit 20 Jahren kündigt Daimler die Serienfertigung von Pkw mit Brennstoffzellen an ...

Warum kommt der Brennstoffzellen-Antrieb bei Lkw?

So ist das neue Gemeinschaftsprojekt von Daimler und seinem Konkurrenten Volvo zur Entwicklung von Brennstoffzellen-Lkw nicht zuletzt auf die verschärften Vorschriften zur Reduktion der CO₂-Emissionen durch die EU auch bei Lkw zurückzuführen. Bei schweren Lkw sind wasserstoffbetriebene Antriebe die einzig realistische Alternative zum Verbrennungsmotor. Als Weltmarktführer bei Lkw verspricht sich Daimler durch die Umstellung der Antriebe entsprechende Profite.

Auch wenn bei der Kooperation von Daimler und Volvo der Brennstoffzellen-betriebene LKW im Vordergrund steht, soll diese alternative Antriebstechnik auch in Bussen eingesetzt werden. Laut Daimler soll es den Mercedes-Benz E-Citaro ab dem Jahr 2022 auch mit Brennstoffzelle geben. Dieses Busmodell hat übrigens bereits 2012 den EBUS Award bekommen. Doch erst nach 10 Jahren soll die Serienfertigung starten! Angesichts der dramatischen Luftvergiftung und Umweltzerstörung ist dies viel zu spät!

Die Belegschaft ist deshalb herausgefordert ...



Die Geschichte von Stuttgart 21 ist die Geschichte eines politischen Betrages

Auszug aus einem Interview von Susanne Stiefel mit Edzard Reuter¹

Der ehemalige Daimler-Chef sagte u.a.:

„Es wurde behauptet, zum Schluss koste es 2,5 Milliarden Euro, das könnten wir uns leisten bei einer Bautätigkeit von zehn Jahren. Ich habe das nicht geglaubt. Ich habe damals mit vielen Verantwortlichem in meiner Partei [SPD, Red.] darüber geredet und war bass erstaunt, zu hören: Das ist doch völlig egal, das machen wir so, das ist eine tolle verkehrspolitische Entwicklung, die schnelle Verbindung von Paris nach Bratislava ...“

Die Volksabstimmung sei herbeigeführt worden,

„mit erfundenen und erlogenen Zahlen. Damals lagen die Baukosten merkwürdigerweise noch bei 4,5 Milliarden. Das war damals schon erstunken und erlogen. Alle Beteiligten wussten es. Diese Volksabstimmung war ein Betrug und ein Verbrechen am demokratischen System. Und deswegen werde ich nicht aufhören zu sagen, dass die Schuldigen, die das damals verantwortet haben, eigentlich zur Rechenschaft gezogen werden müssten.“



¹ <https://www.kontextwochenzeitung.de/politik/478/s-21-ein-politischer-skandal-6763.html>



Dort soll sie hin, Lenks große Kunst.

Kunst von

Endspurt des „Laokoon“ Projekts

Die Arbeiten an der Laokoon-Skulptur von Peter Lenk zum Thema Stuttgart 21 gehen weiter. Der Bildhauer und Schöpfer der Konstanzer Impe-

Foto und Montage: Joachim E. Röttgers

5G

Die politische Diskussion wird durch zwei Themen dominiert: Die Digitalisierung und den Klimawandel. Kommunen rufen den Klimanotstand aus, gleichzeitig wollen sie Smart Cities werden.

Die Verwirklichung dieser Vorstellungen erfordert weltweit Milliarden neuer Geräte, Sendeanlagen, autonome Verkehrsmittel, Schulclouds und Nutzergeräte für das Internet der Dinge und riesige Mengen an Energie. Eine wachsende Protestbewegung ist gegen diese digitale Transformation und ihr Sinnbild 5G entstanden. Aus drei Gründen lehnen die Bürgerinitiativen 5G ab.

1. Raubbau an der Natur wird praktiziert!

Der Energieverbrauch der geplanten Smart City wird explodieren. Millionen Geräte im SmartHome (Internet der Dinge) und hunderttausende autonome Autos sollen über WLAN und 5G vernetzt werden. Dadurch explodiert nicht nur der Datenverkehr, sondern auch der Energieverbrauch. Einsparungseffekte scheitern am Rebound-Effekt. Die Effizienzsteigerungen werden durch ein mehr an Geräten und Nutzung zunichte gemacht.

Jeder Google-Klick, jede Datenübertragung braucht Energie. Eine Studie der EON prognostiziert einen Energieverbrauch von 3,8 Terawattstunden allein durch 5G in Rechenzentren, genug Strom um die Städte Köln, Düsseldorf und Dortmund zu versorgen.¹

Eine neue Stufe der Überwachung und der Umweltzerstörung

Peter Hensinger, diagnose:funk

Eine einzige Google Suche verursacht sieben Gramm CO₂. Pro Tag werden 3,5 Mrd. Suchanfragen verarbeitet, die 25.500 Tonnen CO₂ täglich und im Jahr 8.342.500 Tonnen erzeugen.^{2,3} Die globale Kommunikation wird nach aktuellen Schätzungen bis 2025 mehr CO₂-Emissionen erzeugen als jedes Land – mit Ausnahme von China, Indien und den USA.^{4,5}

Allein für die in Deutschland pro Jahr verkauften Smartphones entsteht ein Naturverbrauch von 125.000 LKW-Ladungen, der jährliche weltweite Elektroschrott der IT-Geräte summiert sich auf 46 Megatonnen. Das entspricht einer Schrotthalde aller 46 Mio. Autos in Deutschland.⁶

Mit 5G schafft die Industrie eine Infrastruktur für unnötige Produkte. Wer braucht den sprechenden Kühlschrank, den Drucker, der per Funk selbst Patronen bei Amazon ordert, den Windelchip, der der Mutter den Nässezustand auf das Smartphone meldet oder noch schnelleres Videostreaming? Wer braucht das autonome Auto, für das alle Straßen mit 5G-Sendern bestückt werden? Die Kommunen sollen mit 5G zu Marktplätzen für Produkte werden, die niemand braucht, die erst noch entwickelt und für die dann Wünsche durch Werbung er-

zeugt werden sollen. Für diesen umweltzerstörenden Hyperkonsum werden Mensch und Umwelt verstrahlt, Energie und Rohstoffe verschwendet.

2. 5G wird ohne Technikfolgenabschätzung eingeführt

Es gibt derzeit ganze sechs Untersuchungen zu 5G mit den Frequenzen 27 GHz und 60 GHz, die nach 2020 versteigert werden, Ergebnisse: Mikrowellenstrahlung im Millimeterwellenbereich



– in dem das hochfrequente 5G arbeiten soll – koppelt sich z.B. über Hautdrüsen in den Organismus ein, mit unkalkulierbaren Risiken. Wissenschaftler, die zu 5G geforscht haben, fordern einen Ausbustopp.⁷ Der Leiter des Technikfolgenausschusses des Bundestages, Prof. Armin Grunwald, nennt 5G ein „Experiment am Menschen“⁸. Aufgrund der Eingruppierung der bisherigen Technik, als „möglicherweise Krebs erregend“ (Kategorie 2B) durch die IARC der WHO warnen →

Peter Lenk zu Stuttgart 21 in der Landeshauptstadt

ria, arbeitet an seiner Satire zum Tiefbahnhof, dem schwäbischen Laokoon, der mit einem ICE in Schlangenform ringt. Die Skulptur wird tonnenschwer und zehn Meter hoch. Noch verrät der Künstler nicht, wen von den Verantwortlichen für diesen Skandal, er darstellen wird. Aber Peter Lenk ist für Überraschungen gut. Wir dürfen gespannt sein.

Noch ist das notwendige Geld zur Finanzierung des Projekts nicht zusammen. Bis Sommer wurden etwa 92 % des Ziels von 110.000 Euro, mit dem in erster Linie die Materialkosten und die Fremdarbeit finanziert werden, gespendet. Die Kampagne zur Finanzierung des Projekts geht deshalb weiter.

Wer spenden will, bitte die Homepage von Peter Lenk anklicken:

<https://lenk-in-stuttgart.de/>



Foto: Peter Lenk



wissenschaftliche Dienste der Europäischen Union vor den potentiellen Gesundheitsrisiken von 5G:

„Folglich kann 5G zwar leistungsmäßig schwach sein, aber seine konstante künstliche Impulsstrahlung kann sich auswirken. Zusammen mit der Art und Dauer der Exposition scheinen Eigenschaften des 5G-Signals wie das Pulsieren die biologischen und gesundheitlichen Auswirkungen der Exposition zu verstärken, einschließlich der DNA-Schäden, die als Ursache für Krebs angesehen werden. (...) Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass 5G die Gesundheit von Menschen, Pflanzen, Tieren, Insekten und Mikroben beeinträchtigen würde – und da 5G eine noch nicht getestete Technologie ist, wäre ein vorsichtiger Ansatz angebracht.“⁹

Auf Grund neuester Studien, der NTP-,

Zusammenwirken des Strahlenmixes aus 2G, 3G, 4G, 5G und WLAN und die Wechselwirkung mit anderen Umweltgiften ist bisher nicht erforscht. Kein Medikament würde bei einer solchen Datenlage zugelassen werden. Das zeigt, wie berechtigt die Bürgerproteste sind. Ein 5G-Moratorium fordern deshalb die österreichische Ärztekammer, die Umweltärzteverbände der Schweiz und Italiens, die deutsche Sektion der IPPNW und des Ärztarbeitskreises digitale Medien in Stuttgart, der dem Staatsministerium Baden-Württemberg eine Unterschriftensammlung, unterschrieben von 70 Ärzten, übergab¹².

3. Smart City – Realisierung des Überwachungskapitalismus

Verkauft werden uns die Smart City und 5G mit dem Köder: schnelles Internet für alle und eine transparente Verwaltung! In Wirklichkeit ist es eine Infrastruktur zur Überwachung. Denn mit der Smart City werden die Städte von Orten der kommunalen Demokratie zu überwachten Zonen umgebaut. Man weiß von jedem Bürger in Echtzeit immer, wo er sich befindet und was er tut.

fasst legal in Echtzeit alle Daten, die wir über unsere Smartphones, Smart Meter, Mobilitätspässe, Facebook, Instagram, WhatsApp, Online-Shopping und Surfen bei Google erzeugen. Sie erstellen von jedem Nutzer ein digitales Profil. Privatsphäre ade! Ohne Smartphone wird man in der geplanten Smart City keine Bezahlvorgänge mehr erledigen, keinen ÖPNV nutzen, kein Fahrrad oder Auto ausleihen, nicht mehr am Schulunterricht teilnehmen können, ohne ein Smartphone wird man vom öffentlichen und sozialen Leben ausgeschlossen sein. Alles nur Panik? Nein! Die Digitalisierung jeder Kommune und eines jeden Gesellschaftsbereiches ist ein Mosaikstein in der geräuschlosen Verwirklichung eines Überwachungskapitalismus. Es muss für jeden Demokraten um den Erhalt der Demokratie in der Kommune gehen. Wir wollen den Schutz unserer Privatsphäre, wir wollen keine gläsernen Bürger werden, wir wollen keine überwachte Stadt und keinen Überwachungskapitalismus.

Es gibt Alternativen!

In dem Buch „Smartopia. Geht Digitalisierung auch nachhaltig?“ heißt es im Vorwort: „Digitale Technologien haben großes Potential. Sie können helfen, die Erderwärmung zu stoppen, Energie- und Rohstoffprobleme zu lösen und umweltschonende Wirtschaftskreisläufe zu etablieren. Aber nur dann, wenn sie klug eingesetzt werden, sonst beschleunigen sie eher den Weg in den ökologischen Selbstmord.“ Und das geschieht derzeit, weil eben nur nach Profit geplant wird. Die Bundesregierung erfüllt 1:1 die Wünsche der Industrie. Dass wir eigentlich auf die Barrikaden müssten, dafür liefert sogar der WBGU (Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) eine Begründung.

Die Digitalisierung gefährde, so der WBGU, „sogar (den) schieren Fortbestand des Anthropos (des Menschen) auf der Erde. Nur wenn es gelingt, die digitalen Umbrüche in Richtung Nachhaltigkeit auszurichten, kann die Nachhaltigkeitstransformation gelingen.“

Digitalisierung droht ansonsten als Brandbeschleuniger von Wachstumsmustern zu wirken, die die planetarischen Leitplanken durchbrechen¹⁴.



Ramazzini- und AUYA-Studien fordern industrieunabhängige Wissenschaftler die Höherstufung von elektromagnetischen Feldern in die Kategorie 1 „Krebs erregend“¹⁰. Dutzende Studien weisen Schlafstörungen, Aufmerksamkeitsstörungen oder Kopfschmerzen nach¹¹. Das

Für diese totalitäre Planung bekam die Smart City von Digitalcourage e.V. den Big Brother Award 2018¹³. Hunderte Videoanlagen mit Gesichtserkennung, tausende neue 5G-Mobilfunksender und WLAN-Hot Spots sollen installiert werden. Dieses lückenlose System er-

Die Verbraucherschutzorganisation diagnose:funk hat acht Forderungen aufgestellt:

1. **Die Breitbandnetze (Glasfaser) als Eigenwirtschaftsbetrieb** müssen von den Kommunen betrieben werden. Keine Vergabe von Infrastrukturprojekten an ein Monopol. Glasfasernetze bilden die Grundlage einer strahlungsarmen Mobilfunkversorgung.

2. Die **Trennung der Indoor- und Outdoorversorgung** zum Schutz der Wohnung vor Strahlung muss Grundlage jeder Mobilfunkplanung sein. Neue Technik muss nachweisbar zu weniger Elektrosmog führen.

3. **Ein Netz für alle:** Es braucht nur ein Mobilfunknetz für alle Betreiber und Nutzer. Verpflichtendes Roaming für alle Mobilfunkbetreiber muss umgesetzt werden.

4. **Technikfolgenabschätzung ist Pflicht.** Sie muss durch eine industrie-

und regierungsunabhängige Kommission unter Beteiligung bürgerschaftlicher Interessenverbände erfolgen. Ohne Bewertung der Forschungsergebnisse über die Wirkungen der 5G-Frequenzen auf Mensch, Tier und Natur darf 5G nicht eingeführt werden.

5. **Beweislastumkehr:** Industrie und Staat müssen die Unschädlichkeit von 5G belegen.

6. **Umweltschutz ist Pflicht.** Die Kommune muss über den Netzausbau ein Gutachten zum ökologischen Fußabdruck vorlegen.

7. **Das Recht, analog und ohne digitale Überwachung leben zu können.** Die Datenerfassung darf nur mit ausdrücklicher Zustimmung jedes Bürgers erfolgen. Von Jugendlichen unter 16 Jahren dürfen keine Daten erfasst werden.

8. **Erhalt und Schaffung von funkfreen Gebieten** für elektrohypersensible Menschen.

alle Fußnoten:



Erstes CRISPR-Kalb in USA geboren

Nein zu Genmanipulationen zur Herstellung von Nahrungsmitteln

Dem Embryo einer Kuh wurden mittels der neuen Genschere CRISPR zwei Gene eingesetzt, die dafür sorgen sollen, dass das Kalb in jedem Fall als männliches Tier mit Hoden geboren wird. So sollen Rinder für die Fleischproduktion optimiert werden. Männliche Rinder setzen schneller und mehr Fleisch an. Wir von der Umweltgewerkschaft fordern ein Ende der industriellen Tierproduktion und solcher Versuche.

Die Befürworter wollen nicht, dass dieses neue Genome-Editing-Verfahren

„Dass gentechnisch veränderte Pflanzen höhere Erträge bringen würden, sei durch Studien widerlegt worden. Und am sogenannten ‚goldenen‘ Reis, der mit selbst gebildetem Vitamin A mangelernährte Menschen in Entwicklungsländern angeblich vor dem Erblinden schützen soll, wird bis heute geforscht. Die ‚alte‘ Gentechnik habe in den 30 Jahren, in denen mit ihr gearbeitet wird, keines ihrer Versprechen gehalten, (...). Stattdessen führte die Agrarindustrie bei gentechnisch verändertem Saatgut meist nur zwei Eigenschaften ein:

Herbizid- und Insektizid-Resistenzen gegen die von ihr hergestellten Spritzmittel, die Pflanzen selbst produzieren können.“ Von der Gentechnologie profitieren vor allem die sechs großen Saatgut-Konzerne: Monsanto, Du Pont, Syngenta, Bayer, Dow und BASF, da die Bauern jedes Jahr das Saatgut neu kaufen müssen, ebenso die dafür geeigneten Herbizide und Insektizide.

Über die Ergebnis bei Tierversuchen heißt es: *„Ergebnisse, die mit Hilfe genmanipulierter Tiere gewonnen wurden, lassen sich meist nicht auf den Menschen übertragen und sind damit unbrauchbar.“* Die gentechnisch veränderten Tiere seien kaum lebensfähig, verküppelt oder schwer krank.²

Wichtige Details des Genome-Editing-Verfahrens sind ebenfalls noch unbekannt. Versuche an Pflanzen zeigen, dass die entsprechenden Mutationen nicht in der ersten Generation, sondern erst in der zweiten gefunden wurden. Forscher sprechen von einem fortschreitenden Prozess der Gen-Veränderung, der sich über mehrere Generationen erstrecken kann. Bisher gibt es noch keine systematischen Untersuchungen darüber, welche spezifischen Risiken mit diesen Veränderungen einhergehen. Trotzdem macht sich Ministerin Julia Klöckner



für die Anwendung stark. Für sie ist CRISPR-Technologie keine Gen-Technologie, sondern eine neue Züchtungsmethode. Und natürlich verbreitet auch sie das Märchen, dass die Anwendung nur der besseren Ernährung der Menschheit dienen soll.

Sollten die neue Verfahren vom Gentechnikrecht ausgenommen werden, würden sie weder einem Zulassungsverfahren mit Risikoprüfung noch Kennzeichnungsregelungen unterliegen. Es gäbe weder Schutz vor Auskreuzungen noch Haftungsansprüche.

1 <https://www.keine-gentechnik.de/nachricht/33384/>
2 <https://www.zeit.de/wissen/2016-08/genmanipulation-tierversuche-gentechnik>



(molekularbiologische Verfahren bei denen Mutationen in der DNA herbeigeführt werden) als Gentechnik qualifiziert wird. Sie unterliegen dann den Zulassungs- und Kennzeichnungsvorschriften für gentechnisch veränderte Organismen (GVO). Das hat der EuGH (Europäische Gerichtshof) am 25. Juli 2018 entschieden.

Worüber die Befürworter natürlich nicht reden, sind die Risiken für Tiere und Menschen. Sie reden auch nicht über das Tierleid, das mit diesen Versuchen verbunden ist. Es wird so getan, als dienten Genmanipulationen bei Pflanzen und Tieren der Sorge um die Ernährung der Menschen. So sollen Pflanzen widerstandsfähig gemacht werden gegen die Klimaveränderungen, höhere Erträge bringen etc. Wie ist es wirklich? Dazu die Wissenschaftlerin Dr. Angelika Hilbeck:



Robert Habeck und der Atommüll oder: Wie wir der Landesregierung einen Strich durch die Rechnung machten

Vattenfall und EON drängten. Der Abrissmüll aus den Atomkraftwerken in Schleswig-Holstein musste möglichst billig für sie entsorgt werden, am besten auf normalen Hausmülldeponien oder – freigemessen – im Straßenbau bzw. in der Stahlschmelze. Durchsetzen sollte das am besten ein grüner Umweltminister, nämlich Robert Habeck. Der erklärte als erstes den Abrissmüll für ungefährlich: „Der Ab-



fall ist nicht belastet, außer emotional“¹ und sein Ministerium erklärte, 97% seien nicht radioaktiv belastet. Es hatte nämlich sein grüner Parteikollege Trittin als Bundesumweltminister in der Schröder/Fischer-Regierung dafür gesorgt, dass Stoffe unter 10 Mikrosievert als „frei von Radioaktivität“ gelten. Um Widerstand gar nicht erst aufkommen zu lassen, erweckte Habeck den Eindruck einer Bürgerbeteiligung und richtete einen runden Tisch beim Ministerium unter Teilnahme des BUND ein. Diese Arbeitsgruppe kam im Juli 2018 zu dem erwünschten Ergebnis, dass Abfall aus dem Rückbau der AKW „rückholbar“ in big bags auf Hausmülldeponien gebracht und „freigemessen“

breit in der Umwelt verstreut werden kann. Der BUND erklärte ein Sondervotum. In einem ZDF-Interview vom 24.4.19 fasste Habeck zusammen, dass es ihm keineswegs um einen demokratischen Prozess ging: „Der auf breite Beteiligung (gemeint ist die Mitsprache der betroffenen Menschen) angelegte Weg hat uns schlicht zu keiner Lösung geführt.“²

Trotz der Einbindungsversuche des BUND hatte aber der Widerstand von Bürgerinitiativen bei der Deponie in Schönwold und in Harrislee zur Ablehnung durch die Gemeindevertretungen geführt. In Lübeck begann die Umweltgewerkschaft seit Sommer 2017 den Widerstand zu organisieren und die Bevölkerung zu informieren. Insgesamt wurden 1.111 Unterschriften gegen die Deponierung gesammelt. Diese wurden am 19. November 2019 der Stadtpräsidentin Frau Schopenhauer übergeben. In der anschließenden Bürgerschaftssitzung stimmten alle Parteien, mit Ausnahme von GRÜNEN, FDP und AfD, gegen eine Deponierung. In den Lübecker Nachrichten wurde die Übergabe der Unterschriften durch die Umweltgewerkschaft erwähnt. Weiterhin wurde berichtet dass die CDU im zweistelligen Bereich Anfragen von Bürgern erhalten hatte, die den Beteuerungen, dass der Abrissmüll harmlos sei, nicht trauten. Unsere kontinuierliche Kleinarbeit hatte Wirkung erzielt.

Vorläufiger Höhepunkt unserer Arbeit war eine Diskussionsveranstaltung gemeinsam mit zwei Referentinnen der Studierendengruppe des IPPNW. Sie wiesen nach, dass auch unter der 10 Mikrosievert-Grenze weiterhin gesundheitliche Gefahren bestehen. Als sinnvolle Alternativen gibt es nur den Einschluss in einem entkernten Gebäude auf dem AKW-Gelände oder eine Deponierung vor Ort. Auf die Frage einer Zuhörerinnen, warum diese sinnvollen Vorschläge abgelehnt wurden, gibt es nur eine Antwort. Der Minister handelt im Interesse von Vattenfall, E.ON etc., die den Abriss selber bezahlen müssen und daher nach einer billigen Lösung für die Entsorgung suchen. Das ist nicht akzeptabel. Vielmehr muss es eine Lösung geben, die für die Menschen und Umwelt eine geringstmögliche Gefahr darstellt.



Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde auch deutlich, dass der Widerstand weitergehen muss, da die Landesregierung eine rechtliche Handhabe hat, sich über die Entscheidungen von Gemeindevertretungen hinwegzusetzen und den Deponien Abrissmüll zuweisen kann. Mit 45 Teilnehmern war die Veranstaltung gut besucht. Die Umweltgewerkschaft hat sich einen Namen gemacht und vier Interessenten gewonnen. Aus unserer Gruppe übernahm jeder Verantwortung für die Durchführung der Veranstaltung. In der inhaltlichen Konzentration auf den Kampf gegen die Deponierung des AKW-Abrissmülls – unter Beibehaltung der Vielfalt von Aufklärungsarbeit zu anderen Umweltthemen – lag letztlich der Schlüssel zum Erfolg.

1 sh:z: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag, 4.6.16
2 <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/robert-habeck-zu-atommuell-endlagern-im-zdf-interview-100.html>

Keine Müllverbrennung im Zementwerk Dotternhausen

Der Plettenberg ist einer der charakteristischen Berge der Schwäbischen Alb. Auf seiner Hochfläche gibt es Wachholderheiden, Silber- und Golddisteln. 47 verschiedene Vogelarten haben Ornithologen dort gezählt, darunter 19 streng geschützte von der roten Liste, wie die Heidelerche, der Steinschmätzer u. a. seltene Schmetterlinge oder Pflanzen wie Orchideen und Silberdisteln gibt es dort auch.

Schon 1977/82 wurde vom Naturschutz und der Genehmigungsbehörde Landratsamt Balingen/ Regierungspräsidiums (RP) Tübingen verlangt, dass mit dem Kalksteinabbau am Plettenberg nach diesen Genehmigungen



So können wir uns den Plettenberg nicht vorstellen

Schluss sein müsse. Aber er soll nun weiter zerstört werden. Der Schweizer Baustoffkonzern Lafarge Holcim¹ hat im Sommer 2018 beim Balinger Landratsamt die Süderweiterung des Abbaugebiets, insgesamt über 17 ha, beantragt. Dagegen hat der Landesnaturschutzverband beim RP Tübingen die Ausweisung des Plettenberges als Naturschutzgebiet beantragt.

Gegen die Zerstörung des Plettenberges und vor allem auch gegen die Luftverseuchung durch das Zementwerk der Firma Holcim hat sich vor fünf Jahren eine Bürgerinitiative gegründet, heute ein gemeinnütziger Verein NUZ-e.V.

Das Zementwerk Dotternhausen wird hauptsächlich mit Müll² befeuert. 2017 legte deshalb die Bürgerinitiative einen Einspruch ein: „Wir wollen die Erhöhung von 60% Ersatzbrennstoffe, (wie z.B. Trockenklärschlamm, Papierfaserfangstoffen, Kunststoffen, Altreifen und weitere Stoffe) auf 100% erst dann akzeptieren, wenn zuerst eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt ist und die Abgasreinigungen

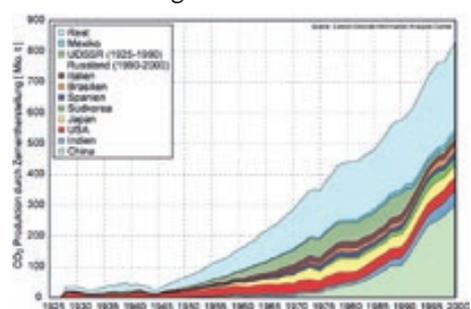
durch heute dem Stand der Technik entsprechende Filteranlagen gereinigt werden.“ Zementwerke sind nicht für Müllverbrennungen gebaut und geeignet. Trotzdem wurde eine Genehmigung für 100%ige Müllverbrennung ausgesprochen und dazu noch Ausnahmegenehmigungen, mit denen die seit 1.1.2019 gesetzlich vorgeschriebenen Schadstoffgrenzwerte überschritten werden können. Dies haben viele als einen „Schlag ins Gesicht“ empfunden.

Die Zementproduktion ist extrem energieintensiv. Die Zementindustrie gehört weltweit zu den größten Energieverbrauchern, Luftverschmutzern und Klimakillern. Aus Profitgründen benutzen die Firmen billige Energie für ihre Drehstromöfen. Sie nehmen keine Rücksicht darauf, dass die entstehenden Abgase mit krebserregenden Stoffen und Feinstäuben die Gesundheit der Bevölkerung bedrohen. Der Zollernalbkreis gehört zu den landesweit am stärksten mit CO₂, Stickoxiden, Schwefeldioxyden und Cges³ belasteten Landkreisen. Nur die Stadtkreise Karlsruhe, Mannheim und drei weitere haben höhere Belastungswerte. Das Zementwerk Dotternhausen darf mit Erlaubnis des RP Tübingen seine gesamte Feuerung auf Müll – verharmlosend als Sekundärbrennstoffe bezeichnet – umstellen. Auflagen, geeignete Filteranlagen einzubauen, gibt es nicht. Damit dürfen nun Jahresfrachten mit Schwermetallen darunter Cadmium, Arsen, Benzol, Vanadium und Nickel sowie Thallium und viele Kilogramm Quecksilber, Fluorwasserstoffen und Chlorwasserstoffen – also Salzsäuregase, die mit Wasser Salzsäure bilden, verbrannt werden.⁴ Kontrollen der Abgase finden nur einmal im Jahr statt. Mit Vorankündigung werden an 3 Tagen über wenige Stunden angebliche Messungen durch interne Einrichtungen des Zementverbands durchgeführt. Diese Institute sind offiziell selbständig eingetragene Gesellschaften. Gegründet und kontrolliert werden sie aber durch den VDZ (Verein der Deutschen Zementindustrie).

Schwermetalle und Halogene werden durch die im Verbrennungsprozess entstehenden Emissionen molekular verteilt und belasten Gesundheit sowie die Umwelt dauerhaft. Durch die Thermolyse werden Radikale erzeugt, die unkontrollierbar viele neue Gifte bilden, sich an den Feinstäuben

(Aerosolen) anketten und durch jeden Filter unkontrollierbar, je nach Windrichtung, in der Luft verteilen. Ein nahezu 100 m hoher Kamin hilft die Vergiftung von Mensch und Tier im Umkreis des Zementwerkes etwas zu verhindern. Wo die Schadstoffe und in welchen Mengen tatsächlich die Gesundheit und Umwelt belasten, lässt sich nur schwierig wegen den Luftströmungen nachweisen. Jedenfalls ist der enorme Beitrag von Zementwerken zum

Treibhauseffekt mit wohl über 2 Millionen Tonnen CO pro Jahr gewaltig.



Mit dem Zement aus Dotternhausen werden zur Zeit übrigens die Tunnelröhren für das Bahnprojekt Stuttgart 21 und die Bahnstrecke Stuttgart Ulm gebaut.

Alternative Technologien

Statt der Befuerung mit Müll fordern auch die Umweltverbände wie BUND, LNV, Greenpeace u.a. die ausschließliche Verwendung von Gas für die Zementherstellung, weil sie so den von der EU geforderten Minimierungsmaßnahmen im Bereich Luftschadstoffe für Mensch, Tier und Pflanze einigermaßen gerecht wird. Gas steht in der gegenwärtigen Situation als Energielieferant auch in Dotternhausen zur Verfügung. Eine Hauptgasleitung führt bereits seit Jahrzehnten direkt durchs Werksgelände. Aus reinen Kosteneinsparungsgründen wird sie aber nicht in Betrieb genommen. Die Umweltgewerkschaft unterstützt den Kampf der Bürgerinitiative.

1 Holcim ist der zweitgrößte Zementherstellers der Welt

2 genau genommen besteht Müll aus einem hohen Prozentsatz aus verarbeiteten Rohstoffen. Statt sie zu recyceln werden sie verbrannt und damit wertvolle Ressourcen vernichtet. Immense Schadstoffmengen landen dabei in der Abluft, in der Schlacke und in den Filtern der Verbrennungsanlagen. Diese landen dann auf Giftmülldeponien oder als Giftmüll unter Tage.

3 Cges. (Gesamtkohlenstoff) in mg/m³ muss durch die 17. BImSchV bei Verbrennungen gemessen werden.

4 Quelle: Zollern-Alb-Kurier vom 01.03.2019, Schwarzwälder Bote und Kontext

Müllverbrennung – Die chronische Volksvergiftung

Plastik ist eine Gefahr für unser Leben. In den Ozeanen sammeln sich immer größere Mengen, die das Ökosystem Meer akut bedrohen.

Bei der Verbrennung von Kunststoffabfällen in Verbrennungsanlagen entstehen hochgiftige Gase und Stickoxide. Über die gefährlichen Folgen der Verbrennung verschiedener Kunststoffe, Gift- und anderer Stoffe wird aber geschwiegen. Der Grund: Verbrennung ist ein Geschäft, mit dem Profite gemacht werden. Und Profitmacherei hat immer Vorrang. Es wird in der BRD viel zu wenig getan, um benutzte Stoffe wieder zu verwerten.

Die Möglichkeit, Kunststoffe hochwertig zu recyceln, ist vorhanden und wissenschaftlich erforscht: Das Kryo (Tiefkälte)-Recycling von Prof. Rosin wird allerdings seit Jahren von der Müllverbrennungslobby hintertrieben und vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) ignoriert. Ressourcenverschwendung und Wegwerfproduktion stehen der Notwendigkeit entgegen, mit den vorhandenen Rohstoffen verantwortungsvoll umzugehen, Umwelt und Gesundheit zu schützen.

Das Programm der Umweltgewerkschaft sagt dazu:

- Für Kreislaufwirtschaft statt Wegwerfproduktion – Förderung der Müllvermeidung und Verbot der Müllverbrennung!
- Für eine Pilotanlage für Kryo-Recycling zum vollständigen Recycling von Kunststoffen, Elektronikschrott und Autoreifen!
- Gegen Raubbau an natürlichen Ressourcen und zerstörerische Abbaumethoden!
- Keine Giftmülldeponierung unter Tage!

Das Fachbuch „Müllverbrennung – die chronische Volksvergiftung“ widerlegt umfassend die Legende von der „sauberen deutschen Müllverbrennung“ und zeigt Alternativen zur Müllverbrennung auf.



Arbeitsplatzvernichtung in der Solarindustrie

Auszug aus dem Redebeitrag von Dr. Phil. Christfried Lenz von der Bürger-Energie-Altmark am 8. März 2020 bei der Kundgebung am AKW Neckarwestheim anlässlich des Fukushima-Jahrestages:

„Das im Jahr 2000 in Kraft getretene Erneuerbare-Energien-Gesetz hatte eine einzigartige Entwicklung von Photovoltaik und Windkraft ausgelöst. 2012, im Jahr nach Fukushima, holte der damalige FDP-Wirtschaftsminister Rösler dann aber zum Gegenschlag aus: Er senkte die Einspeisevergütung, führte die ‚Sonnensteuer‘ ein, wonach für selbst erzeugten und verbrauchten Grünstrom EEG-Umlage zu zahlen ist und setzte dem Gesamtausbau eine Obergrenze. Folge: von den zuvor 150.000 Arbeitsplätzen der PV-Branche wurden 80.000 vernichtet.“

Röslers Nachfolger Sigmar Gabriel von der SPD setzte das Zerstörungswerk seines FDP-Vorgängers fort. Gabriels energiepolitische Leitlinie lautete: Der ‚Welpenschutz‘ für die erneuerbaren Energien muss aufhören. Denn sie sind zu gefährlichen ‚Jagdhunden‘ herangewachsen, die an die Kette gehören.

Durch mehrere Novellierungen wurde das EEG von ursprünglich 10 auf 140 Seiten aufgebläht. – 130 Seiten voller absurder bürokratischer Verkomplizierungen mit keinem anderen Zweck, als vom Bau erneuerbarer Energien abzuschrecken. – Dass der Ausbau dennoch nicht völlig zum Erliegen kam, ist ausschließlich den Akteuren zu verdanken, die mit unvorstellbarer Mühsal Pfade durch den Paragraphenschun- gel herausfanden, um doch noch Projekte zu realisieren.“

Ergänzung Redaktion: Ende 2015 waren in der Braukohleindustrie 20.800 Menschen beschäftigt. Bis 2030 werden etwa 6000 Beschäftigte in Rente gehen. Bleiben 14.500 Beschäftigte. Um diese Arbeitsplätze angeblich zu retten sollen Milliarden € als Strukturhilfen bezahlt werden. Wer soll das glauben? Die 80.000 (!) Arbeitsplätze in der PV-Branche wurden durch Maßnahmen der Regierung vernichtet. Für die Beschäftigten gab es weder Ersatzarbeitsplätze, noch sonstige staatlichen Hilfen.



Die Müllverbrennungsanlage wird nicht gebaut

Über 200.000 Tonnen Müll pro Jahr sollten über den Hafen importiert und verbrannt werden – was in etwa dem Fünffachen der Müllmenge entspricht, die im gesamten Landkreis Stade anfällt. Wir berichteten im Magazin 2017 darüber.

Über 3.500 Bürgerinnen und Bürger unterstützten die Unterschriftenaktion „Stoppt die geplante Müllverbrennung in Stade“ und demonstrierten damit die Ablehnung dieser Anlage in der Bevölkerung.

Die Bürgerinitiative prozessierte und hatte Erfolg.

Wir gratulieren.

Weitere Informationen:
<https://www.buergerinitiative-buetzfleth.de/>



Beschäftigte protestieren am 27.6.2013 vor der Bosch Hauptverwaltung in Gerlingen gegen die Schließung der Solarsparte

Wind ist ein kostenloser Rohstoff, der unendlich vorhanden ist. Er muss nicht wie die fossilen Rohstoffe abgebaut und transportiert werden. Zur Nutzung müssen Windkraftanlagen (WKA) und Speicher gebaut werden. Dabei entstehen CO₂-Emissionen, im Gegensatz zur Windkraft entstehen bei fossilen Energieträgern in der gesamten Wertschöpfungskette CO₂-Emissionen.

Ausbau der Windkraft ist dringend notwendig

Die Stimmungsmache bestimmter Gruppen gegen Windenergie zielt darauf ab, den Ausbau der regenerativen Energien zu be- und verhindern. Aktiv in Initiativen gegen den Bau von WKA oder ein Unterstützer solcher Initiativen



ist die faschistoide AfD. Die Thüringer AfD beispielsweise versteht sich als parlamentarischer Arm

der Windkraftgegner. Ihr energiepolitischer Sprecher ist Stefan Möller. Er war als Jurist bei der Thüringer Energie AG (TEAG) angestellt. Die AfD ist für ihre Industrienähe bekannt. Möglich, dass Möller Lobbyarbeit für die TEAG macht. Wer sich mit der AfD einlässt, sollte wissen, dass diese Partei die Klimakrise leugnet und Klimaschutz ablehnt. Auch die anderen bürgerlichen Parteien machen Stimmung gegen Windkraft. Der ehemalige bayrische CSU-Ministerpräsident Seehofer hat mit dem 10-H-Gesetz dafür gesorgt, dass der Neubau von WKA in Bayern so gut wie zum Erliegen gekommen ist. Windräder dürfen nur noch aufgestellt werden, wenn ihr Abstand zum nächsten Dorf das Zehnfache ihrer Höhe beträgt. Die AfD macht sich in Bayern stark für ein Ende der Windkraft. Windkraftgegner, die von angeblicher Verspargelung reden, argumentieren völlig egoistisch. Es stört sie wohl nicht, dass durch die Verbrennung von Kohle und im AKW-Betrieb Landschaften zerstört und die Gesundheit bedroht wird.

Die Gegner von WKAs müssen sich also fragen lassen, ob sie weiter an den fossilen Energieträgern oder gar an der

Atomkraft festhalten wollen. Letztere ist nicht CO₂-neutral, wie von Befürwortern immer behauptet wird, und der Atom Müll, der nirgendwo sicher gelagert werden kann, bedroht Tausende zukünftiger Generationen. Die Umweltgewerkschaft unterstützt allerdings berechtigten Widerstand gegen die Aufstellung von WKA, wenn z.B. größere Eingriffe in die Natur stattfinden.

Die Windkraftgegner begründen ihre Ablehnung auch mit Gesundheits- und Tierschutzargumenten.

kommt in einer Untersuchung im Auftrag der niedersächsischen Jägerschaft zu dem Ergebnis, dass Tiere sich schnell an die neue Umgebung gewöhnen. Es wurden sogar mehr Rebhühner, Hasen und Rabenkrähen gezählt, als in windturbinenfreien Vergleichsgebieten.³

Durch die Klimaerwärmung sind bei uns schon Vogelarten ausgestorben. Eine weitere wirkliche Bedrohung für Vögel sind Freileitungen für Strom und Telefon, Fensterscheiben, Wintergärten, Glasfassaden und Lärmschutzwände. Täglich sterben über 250.000 Vögel in Europa durch Vogelschlag an solchen Objekten. Dazu kommt Vogelschlag durch bewegliche Objekte wie Luftfahrzeuge, Automobile oder Hochgeschwindigkeitszüge. Moderne WKAs sind durch Radareinrichtungen in der Lage anfliegende Vögel zu erkennen und stoppen dann die Windräder.

Gesundheitliche Schäden durch WKAs?

Hier wird vor allem der niederfrequenten Infraschall (unter 20 Hz) genannt. Wir



Grafik: Gerhard Mester/sfv

Wie bedrohlich sind WKAs für Vögel und andere Tiere?

Nach einer dänischen Studie sterben durch Windenergie 0,27 Vögel pro Gigawattstunde, bei fossiler Energieerzeugung durch Schadstoffemissionen 5,18.¹ Parallel zum Ausbau der WKA seit den 1990er Jahren stieg die Population von Uhu, Schwarzstorch und Rotmilan an.² Das Institut für Wildtierforschung

sind täglich natürlichen (Bäume, Büsche, Meereswellen) und anthropogenen Infraschallquellen und vielen anderen Lärmquellen wie Straßenverkehr und Fluglärm ausgesetzt. Tatsächlich gibt es kein einheitliches Bild über die Wirkungen von Infraschall auf den Menschen. Es bedarf epidemiologischer Studien über deren Wirkung auf Menschen, die in der Nähe von WKAs leben.

Disko- oder Schatteneffekt

Um gesundheitliche Beeinträchtigungen auszuschließen ist eine maximale Schatteneinwirkzeit von 8 h/Jahr bzw. 30 min pro Tag erlaubt.

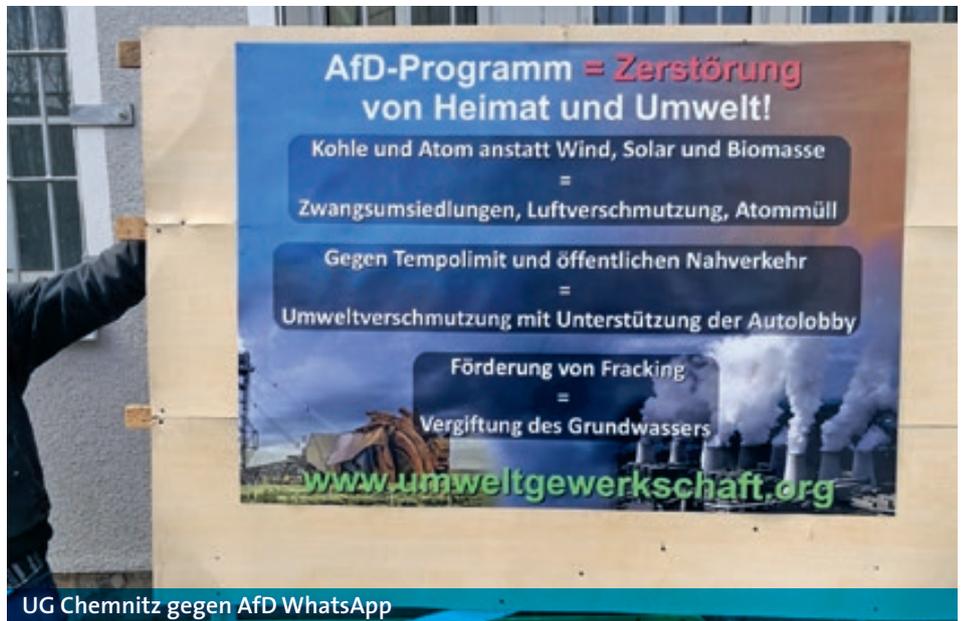
Der sogenannte Stroboskop- oder Disko-Effekt, ausgelöst durch das widerspiegelnde Sonnenlicht an den Rotorblättern älterer Windenergieanlagen, tritt heute kaum noch auf. Denn die Rotorblätter moderner Windenergieanlagen werden mit nicht-reflektierenden Farben gestrichen. Dadurch wird der Stroboskop-Effekt, auch Disko-Effekt genannt, verhindert.⁴

Ernstzunehmende Experten gehen davon aus, dass die Energieerzeugung auf Basis von 100 % regenerativen Energien in Deutschland nur möglich ist, wenn die Windenergie erheblich ausgebaut wird. Die BRD müsste, um bis spätestens 2040 klimaneutral zu sein, nach Ansicht von Prof. Quaschnig jährlich für 7.000 Megawatt neue Windenergieanlagen bauen.⁵ Tatsächlich geht der Ausbau von Windenergie aber dramatisch zurück. 2019 betrug der Nettozubaue mit WKAs nur 854 Megawatt.⁶ Im 1. Halbjahr 2020 wurden nach Angaben der Fachagentur Windenergie nur 528 Megawatt hinzu gebaut. Die Bundesregierung hat den Ausbau von Windenergie bewusst auf unter 3.000 Megawatt begrenzt und Ausschreibungen eingeführt, durch die große Investoren bevorzugt werden. Kleine Akteure und Bürgergenossenschaften haben dagegen nur noch geringe Möglichkeiten, sich am Ausbau der Windenergie-Erzeugung zu beteiligen. Diese Politik der Bundesregierung ist verantwortungslos.

„Vernunftkraft“ boykottiert den Ausbau der Regenerativen Energien

Die „Bundesinitiative Vernunftkraft e.V. (Vernunftkraft)“ ist ein Dachverband von Anti-Windkraft-Initiativen und ihren Landesverbänden, der sich für die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und den Stopp des Ausbaus von Windkraft und Photovoltaik einsetzt. Dagegen sollen Kohle- und Kernkraftwerke weiter genutzt werden. Die Vernunftkraft-Repräsentanten leugnen den menschengemachten Klimawandel (Klimaleugner). Politisch unterstützt wird Vernunftkraft von der AfD, der CDU/CSU und Teilen der FDP. Berater und Rechtsvertreter vieler Initi-

schaften aufgenommen. Vernunftkraft wurde von Wirtschaftsminister Altmaier auch zum so genannten Akzeptanzgipfel Windkraft im September 2019 eingeladen. Auch in der Partei Bündnis 90/Die Grünen sind Politiker*innen, die das Geschäft von Energie-Konzernen vertreten. An der Spitze des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft ist das seit 2019, Kerstin Andreae – wirtschaftspolitische Sprecherin der Grünen. Dort sind u.a. auch die vier großen Energieversorger organisiert. Bis heute weigert sich Minister Altmaier den 52GW-Deckel für größere Solaranlagen wie verspro-



UG Chemnitz gegen AfD WhatsApp

ativen ist Rechtsanwalt Thomas Mock, Cheflobbyist der Hydro Aluminium Deutschland GmbH. Die personelle Verflechtung von Vernunftkraft geht bis ins Bundeswirtschaftsministerium. Nikolai Ziegler, Vorsitzender von Vernunftkraft, ist seit 2010 als Referent im Bundeswirtschaftsministeriums tätig (Referat „VI C 1 Grundsatzfragen der nationalen und internationalen Innovations- und Technologiepolitik“, Abteilung „Digital- und Innovationspolitik“). Neu besetzt wurde 2019 die Stelle „Energiepolitik – Strom und Netze“ mit Stephanie von Ahlefeldt. Sie wird „als verlängerter Arm der Energiewendegegner“ aus der CDU-Fraktion bezeichnet und machte sich für die 1000-m-Abstandsregelung von Windrädern stark. In 2020 wurde dann in die kleine EEG Novelle die Abschaffung der „Privilegierung“ von Bürgerenergiegenossen-

chen abzuschaffen. Eine Forderung des Verbandes. Nun droht das „Aus“ für den weiteren Zubau noch in 2020.

Zum Netzwerk der Gegner der regenerativen Energien gehören noch etliche andere Vereine wie u.a. die Kerntechnische Gesellschaft e.V. (KTG). Sie vertritt die Interessen der Atomwirtschaft. Der Chef der IG BCE, Michael Vassiliadis, sitzt dem „Innovationsforum Energiewende“ vor. Ein Zusammenschluss von Konzernen, die weiter mit fossilen Energien ihre Profite machen wollen.

Taktik der Gegner der Energiewende ist es, teilweise berechtigte Kritik an Projekten zu nutzen, um insgesamt den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu verhindern. Die Menschen in den Bürgerinitiativen sollten deshalb genau wissen, wer ihnen Unterstützung und mit welchen Zielen anbietet.

1 <https://www.eon.com/de/neue-energie/neue-energiwelt/5-mythen-der-windenergie.html>

2 <https://www.new-buergerwind.de/argumente/>

3 <https://www.tiho-hannover.de/index.php?id=5512>

4 <https://www.suisse-eole.ch/de/windenergie/einfluss-auf-menschen/schattenwurf/>

5 https://www.deutschlandfunk.de/windenergie-wir-brauchen-ein-von-allen-akzeptiertes.676.de.html?dram:article_id=458133

6 <https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-01/windkraft-ausbau-rueckgang-politik-energi-wende>

Wer kennt nicht Ken Jebsen oder war nicht schon einmal auf seiner Webseite. Sehr professionell gemacht.

Seine Gefährlichkeit liegt darin, dass er alle bedient und andere das sagen lässt, was er denkt, um dann zu sagen, das war nicht ich, sondern der andere.

Jebsens Lieblingsfeind ist der Milliardär Bill Gates, der sich anschicke, die Welt zu drangsaliieren. Die Bundesregierung handele als verlängerter Arm des „Impf-Imperiums von Bill Gates“, der die Weltbevölkerung mit dem Einbau eines Microchips kontrollieren wolle, Bill Gates

Ist Ken Jebsen ein Naziflüsterer?

„Wer jetzt nicht aufsteht, wacht am Ende das Jahres in einer Gesundheitsdiktatur auf“ Bodo Schiffmann (1)

sei der heimliche Chef der WHO, beteilige sich an Pharmakonzernen und dirigiert das Robert Koch Institut.

Bill Gates Firma gehört zweifelsohne zu den ganz großen weltweit operierenden Konzernen und ist damit Teil des internationalen Finanzkapitals. Da Kapital akkumulieren muss, muss der Konzern versuchen, den Weltmarkt zu beherrschen. Aber das müssen alle Konzerne gleichermaßen machen. Das verschärft den Konkurrenzkampf und damit auch die Kriegsgefahr. Das auf eine Person zu reduzieren, verharmlost auf der einen Seite den Kapitalismus und dämonisiert ihn auf der anderen Seite.

„Kündigt Ramstein Air Base – Keine Drohnenmorde mehr von deutschem Boden.“ Interview mit Silke Volgmann (1) Bei der Kundgebung in Stuttgart stellte er sich so vor: „Ich bin Ken Jebsen, meine Zielgruppe bleibt der Mensch“, um dann später zu sagen, ich kenne keine Rechten und keine Linken mehr, ich kenne nur noch Euch.

Auf „Querdenken 711“ steht: „... wir sind weder rechts noch links, ... wir urteilen keine andere Gesinnung und lehnen Kategorisierungen, egal in welche Richtung, ab.“ Ist dann „Querdenken 711“ offen gegenüber AfD und Nazis? In der Zwischenzeit hat sich der IT-Unternehmer und „Querdenken 711“-Gründer Michael Ballweg von Nazis distanziert, hat aber nichts dagegen, wenn sich Identitäre mit Reichsflaggen schwarz/weiß/rot beteiligen. Auf der letzten großen Kundgebung in Stuttgart hat er den faschistoiden Trump nach Berlin eingeladen

Die *junge welt* vom 24.4.2020 titulierte: „Naziflüsterer des Tages: Ken Jebsen“.

So wird versucht, mit einfachen Erklärungen den wachsenden Unmut mit Hass zu personalisieren auf bestimmte Gruppen oder Personen und zwar als Feindbild. Vom Hauptproblem, der internationalisierten, kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, die nach Gesetzmäßigkeiten funktioniert und nicht nach personellen Machtinteressen, wird bewusst abgelenkt. Verbal links kritisieren, aber in eine rechte Richtung kanalisieren, ist der Gehalt.

Die Querdenker-Ideologie ist eine alte Sache. Sie wurde aus der Mottenkiste der Geschichte geholt. Der Begriff „Nationalsozialismus“ stammt aus dieser Ideologie: Vom „nationalen“ Rechten bis zum linken „Sozialisten“ lautete der demagogische Name der Nazi-Faschisten.

„**Querdenken 711**“ – Nein Danke!

(1) Alle Zitate von KenFM Webseite vom 29.5.2020



In der Erklärung des Bundesvorstandes zur Corona-Pandemie vom April fordert die Umweltgewerkschaft konsequent Gesundheitsschutz, protestiert gegen den Missbrauch der Pandemie zum Abbau demokratischer Rechte und gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der „kleinen Leute“!. Mehr dazu finden Sie unter www.umweltgewerkschaft.org.

Menschen überspringen können (Zoonosen). Bis zu 800.000 bisher unbekannte Viren haben das Potenzial auf den Menschen über zu springen. Dazu kommen noch Parasiten, Bakterien und Pilze. Auch wenn die Übertragung des Corona-Virus auf dem Tier- und Fischmarkt in Wuhan/China nicht schlüssig ist, so ist die Übertragung Tier-Mensch über andere Wege nicht auszuschließen, von einer mögli-

Immunsystem war schon vor dem Corona-Virus überbelastet durch Chemikalien und Pestizide, Mikroplastik im Körper, Feinstäube und elektromagnetische Wellen, psychische Belastungen, durch Arbeitsdruck und Existenzängste. Besonders in den lebensfeindlichen Ballungsgebieten wie z.B. in der Po-Ebene mit hohen Feinstaub- und Abgaskonzentrationen, wo viele Menschen an chronischen Lungenerkrankungen leiden, breitete sich deshalb das Corona-Virus besonders schnell und aggressiv aus mit vielen Todesfällen. Weltweit sind inzwischen über 25 Millionen Menschen infiziert und etwa eine Million in Verbindung damit gestorben.

Im Zusammenhang mit ihren Lösungsversuchen der Finanz-, Weltwirtschafts- und Coronakrise drängen führende Konzernvertreter und reaktionäre Regierungschefs darauf, die Wirtschaft und damit die Gewinne von Banken und Konzernen auf Kosten der Arbeitsplätze und Umwelt anzukurbeln. An solch einer „Lösung“ haben wir kein Interesse. Die Coronakrise bestätigt einmal mehr die

Corona-Pandemie ein Grund mehr, für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu kämpfen

Im 19. Jahrhundert waren die brutale Ausbeutung der Arbeiter, Hunger und Mangelernährung, katastrophale hygienische Zustände in elenden Mietkasernen und Verseuchung des Trinkwassers Hauptbedingungen, dass Seuchen wie Typhus, Ruhr, Tuberkulose, Cholera und andere Infektionskrankheiten Millionen Menschen dahinrafften. Das trifft auch heute in vielen Ländern noch zu. 2,1 Milliarden Menschen haben kein sauberes Wasser, bei 4,5 Milliarden mangelt es an einer funktionierenden Kanalisation. Allein an Lungenentzündung, kindlichem Durchfall und Tuberkulose starben 2018 etwa 1,5 Millionen Menschen, neue Krankheiten wie Aids fordern noch immer 770.000 Opfer im Jahr.

Die Corona-Pandemie ist Bestandteil der weltweiten Umweltkrise

Die Schädigung der Natur durch die Klimaveränderung, die Zerstörung durch den Raubbau an den natürlichen Ressourcen und Abenteuer-tourismus führen dazu, dass die Menschen immer tiefer in die entlegensten Regionen der Urwälder vordringen. Bis Mitte des Jahrhunderts werden 68 Prozent aller Menschen in Ballungsräumen leben. Viele Riesenmetropolen liegen nicht weit entfernt von Gebieten mit vielfältiger Tierwelt. Die birgt eine Fülle potenzieller Krankheitserreger, die vom Tier auf den

chen Übertragung durch ein Laborunglück oder durch Biowaffenforschung abgesehen. Auch die heutige, brutale Massentierhaltung mit engem Kontakt Mensch-Tier fördert Infektionskrankheiten aus dem Tierreich. Ausbrüche von Ebola, SARS, Grippeepidemien und BSE waren dafür erste Warnzeichen, die von den Herrschenden und politischen Verantwortlichen ignoriert wurden. Im Gegenteil, die Umweltzerstörung und Massentierhaltung wurde durch sie sogar forciert und es wurden keinerlei Vorkehrungen gegen neue Seuchen getroffen.

Die zunehmende Umweltvergiftung fördert die Ausbreitung von Infektionskrankheiten und anderer Massenerkrankungen

Die steigende Umweltbelastung durch die Zerstörung und Vergiftung unseres natürlichen Lebensraums führt zu einer Erhöhung von Krebs-, Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen oder Immunschwächen. Das menschliche



Einschätzung der Umweltgewerkschaft: „Die Unterwerfung der gesamten Gesellschaft unter das kapitalistische, umweltzerstörerische Profitprinzip trennt Mensch und Natur“. (Programm der Umweltgewerkschaft). Der Mensch ist aber Teil der Natur. Kämpfen wir gegen die Verdrängung dieser Wahrheit und nehmen die Verantwortung wahr zur Rettung der Umwelt vor dem Kollaps, für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung von Mensch und Natur.



Die riesige Carmichael-Mine im nordöstlichen Bundesstaat Queensland soll eines der größten Kohlebergwerke der Welt werden. Noch ist der Bau im vollen Gange. Nach den Plänen des indischen Konzerns Adani sollen in den insgesamt fünf Untertageminen und sechs Tagebaustätten bis zu 60 Millionen Tonnen Kohle pro Jahr gefördert werden.

bringe tausende Arbeitsplätze nach Queensland. Umweltschützer warnen, die Verbrennung der Kohle in Indien und China werde die Klimaerwärmung verschlimmern, zudem seien vor Ort zahlreiche Tierarten bedroht.

Umweltschützer bekämpfen das Projekt seit Jahren. Dabei geht es neben dem Klimaschutz auch um den Verbrauch von Wasser, die Zerstörung von Lebensraum

unser Grundbedürfnis nicht“. Adani und die indische Regierung halten den Verzicht auf Kohle für einen Luxus (gemeint ist der Verzicht auf Höchstprofite), den sich Schwellenländer nicht leisten könnten. Auch weist man in Delhi süffisant darauf hin, dass Indiens Pro-Kopf-Verbrauch von Strom deutlich unter dem der Industrieländer liege. Indien ist seit einiger Zeit kein „Schwellenland“ mehr. Es ist aufgestiegen zu den neuen imperialistischen Ländern. Indien ist mittlerweile der zweitgrößte Verbraucher von Kohle. Kein anderer Staat der Welt hat seit der Unterzeichnung des Pariser Klimavertrags den Konsum des schmutzigen Rohstoffes mengenmäßig so stark gesteigert wie das asiatische Riesenreich. Der Kohleanteil am Gesamtenergieverbrauch beträgt 57%, bei der Stromproduktion sogar 74%. Gleichwohl fördert der faschistische Premierminister Modi auch erneuerbare Energiequellen. Auch dieses Geschäftsfeld hat sich

Kampf gegen die Carmichael-Kohlemine in Australien

Das könnte die bereits hohen Kohlexporte Australiens um 20 Prozent steigern. Die im Tage- und Untertagebau gewonnene Kohle soll über 189 Kilometer per Zug zum Kohlehafen Abbot Point gebracht und dann nach Indien verschifft werden. 500 Lastschiffe pro Jahr sollen künftig zwischen Australien und Indien hin und her fahren, voll beladen mit Kohle, mitten durch das Great Barrier Reef, das größte Korallenriff der Welt, das schon jetzt stark gefährdet ist. In Indien soll der Rohstoff in einer Sonderwirtschaftszone verfeuert und, zumindest teilweise, als Strom in das Nachbarland Bangladesch exportiert werden.

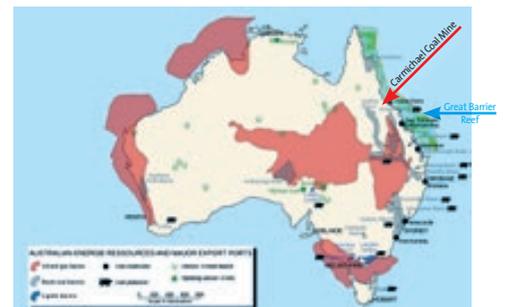
Befürworter argumentieren, die Mine

und den Transport der Kohle über das Great Barrier Reef. Auch außerhalb des Meeres seien zahlreiche Tierarten und das Ökosystem bedroht. Auch Organisationen der indigenen Bevölkerung Australiens wehren sich. Die Kohlemine steht auf ihrem Territorium.

Der Mischkonzern Adani ist unter anderem auch in den Bereichen Immobilien, Rüstung, Verpackung und Finanzdienstleistungen tätig und erwirtschaftet einen Umsatz von 13 Mrd. \$. Zum Imperium gehören Meereshäfen ebenso wie Spitäler und Industrieparks.

Adani-Chef Gautam Adani verteidigt die Kohleförderung: Die erneuerbare Energie sei gut fürs Land, „aber sie deckt

Adani längst erschlossen: Adanis Renewables bauen Verteilnetze für Solar- und Windenergie. Für Profite macht Adani alles!



Siemens hatte im Juli 2019 den Auftrag für die Schienensignalanlage angenommen. Der Auftrag hat laut Siemens-Vorstandschef Kaeser ein Volumen von 18 Millionen Euro. Siemens: „Wir lassen uns nicht einschüchtern oder davon abhalten, unsere Versprechen einzulösen – für die Menschen in Queensland, die Australier und die Menschen in Entwicklungsländern, die dringend bezahlbare Energie brauchen, um ihnen zu helfen, der Armut zu entkommen.“ Kaeser verwischt die Fronten. Für Profite gehen sie über Leichen.



In Rampal im Südwesten Bangladeschs wird derzeit das größte Kohlekraftwerk des Landes gebaut.

Bei vielen „Fridays For Future“-Kundgebungen werden wir auf „Klimagerechtigkeit“ geschworen. So ist es ungerecht, wenn arme Länder, die wenig CO₂ erzeugen, unter den schlimmsten Folgen der Erderwärmung leiden müssen. Bangladesch gehört sicher zu den ärmeren Ländern. Schauen wir uns das genauer an.

Das Kraftwerk Rampal wird nur wenige Kilometer von den Sundarbans entfernt gebaut. Es sind die größten Mangrovenwälder der Welt. Andere

Stoppt das Kohlekraftwerk Rampal Klima und Sundarbans in Gefahr

Eine Rolle spielt dabei der Transport der Kohle auf dem Seeweg. Bagger-schiffe vertiefen das Flussbett, damit künftig große Frachter Brennstoff für das Kraftwerk Rampal liefern können: jeden Tag 12.000 Tonnen Kohle, fünf Millionen Tonnen pro Jahr. Und die ganze Fracht muss den Poshur River hinauf. Kein Wunder, dass es Ökologen gruselt bei der Vorstellung eines solchen Kohle-Highways mitten durch den weltgrößten Mangrovenwald.

Noch steckt das Projekt in seinen Anfängen, die Baustelle liegt vom Ort Mongla einige Kilometer flussaufwärts am östlichen Ufer.

Wie immer geht es um die wirtschaftlichen Interessen der Investoren und von staatseigenen Unternehmen: Hinter dem Bau steckt federführend der indische Energiekonzern National Thermal Power Corporation (NTPC), der das Projekt ge-

meinsam mit dem staatlichen Energieversorger Bangladeschs umsetzt. Die indische Exim-Bank will den Bau mit 1,6 Milliarden Dollar finanzieren. Die Deutsche Bank, und die Fichtner-Gruppe (Stuttgart) unterstützen das Projekt. Baufirmen, Zulieferer, Betreiber und Anteilseigner der zahlreichen neuen Kohlekraftwerke kommen überwiegend aus China, das damit die Kontrolle über den Energiesektor von Bangladesch bekommt. Kohle muss teilweise importiert werden, unter anderem aus China und Australien (s. *nebenstehenden Bericht*).

Zwar steht es dem kleinen „Schwellenland“ Bangladesch seit dem Klimaabkommen von Paris 2015 auch zu, mehr Kohlenstoffdioxid als bisher auszustoßen. Und die Premierministerin Sheikh Hasina sagt, ihr Land müsse sich wegen Rampal nicht ängstigen. Schließlich

schon dafür sorgten, dass beim Bau „die höchsten Standards“ eingehalten werden. Aber warum werden dann nicht gleich die Regenerativen Energien mit den „höchsten Standards“ ausgebaut? Für den indischen Energiekonzern NTPC ist der Bau eines Kohlekraftwerks offensichtlich billiger als der Bau eines vergleichbaren Windparks. Dass der Wind dann umsonst bläst, Kohle aber gekauft und transportiert werden muss – das fließt ja erst sehr viel später in die Rechnung ein.

Es gibt Umfragen, nach denen 90 Prozent der Bevölkerung den Bau ablehnen. Seit Jahren gibt es Kämpfe zur Verhinderung des Kohlekraftwerks. Und immer wieder sah es so aus, als wäre es bereits gestoppt. Seit der Wahl 2018 geht die Regierung härter gegen Umweltaktivisten



große Waldgebiete in Bangladesch sind bereits Industriestrukturprojekten und dem Holzschlag zum Opfer gefallen. Die Mangrovenwälder schützen das Land dahinter vor den Folgen der drohenden Klimakatastrophe wie den immer häufiger auftretenden Zyklonen und dem steigenden Meeresspiegel.

Vor kurzem fegte der Zyklon „Amphan“ mit bis zu 200 Kilometer pro Stunde über diese Küstenwälder hinweg. Er tötete Menschen, vernichtete Ernten, zerstörte Straßen, Brücken und weitere Infrastruktur und verursachte großflächige Überschwemmungen. Nur wegen der Sundarbans blieben noch größere Schäden aus. Diese Region muss deswegen unbedingt bewahrt werden. Stattdessen wird ein Kohlekraftwerk gebaut, das die Wälder zerstört und zusätzlich die Klimakrise anheizt. Das ist absoluter Irrsinn.



Umweltaktivistin Tonny Nowshin und Jochen bei den Protesten vor Fichtner in Stuttgart am 19.6.2020

und Menschenrechtler vor. Sie schickt zivile Schlägertrupps, die Teilnehmer von Demonstrationen und Mahnwachen angreifen. Und sie lässt Aktivisten verhaften oder spricht Ortsverbote aus. Der Protest wird kriminalisiert. Im Zentrum des organisierten Protests steht die Umweltbewegung und die Kommunistische Partei von Bangladesch (CPB).

Klima„gerecht“ wäre jetzt allerdings den Kampf gegen die Erderwärmung gemeinsam und international zu führen, statt der Regierung eines armen Landes unter der Losung „Klimagerechtigkeit“ zu erlauben, mehr CO₂ in die Luft zu pusten.





Umweltaktivistin Makenna Muigai, Kenia

In Kenia gibt es immer längere Dürren und zunehmend unberechenbare Regenzeiten: „Wir spüren die Folgen schon jetzt“, sagt Makenna Muigai, eine 17-jährige Schülerin aus der kenianischen Hauptstadt Nairobi, in einem Interview. „Mehr Armut, mehr Krankheiten, mehr Konflikte.“ Muigai mobilisiert gegen Plastikmüll und für den Schutz des Regenwalds im Kongo-Bekken, dem zweitgrößten nach dem Amazonas.

Ostafrika ist jetzt schon besonders stark von der drohenden Klimakatastrophe betroffen. Seit Anfang des Jahres hat es in Ostafrika ungewöhnlich viel geregnet. Das südliche Afrika hat unter einer schweren Dürre gelitten. Millionen Menschen sind betroffen.

„Als ich jung war, konnten wir vorhersagen, wann der Regen kommen würde – wir wussten, dass er nach sechs Monaten fallen würde. Als ich Tiere hatte, hatten wir genug zu essen“, sagte Lucas Lotieng dem Portal „The New Humanitarian“. Die Trockenheit in den letzten Jahren hat fast seine ganze Herde hinweggerafft.

Die Klimadaten für Turkana County (an der Grenze zu Uganda) zeigen, dass die Temperaturen in den vergangenen 50 Jahren im Schnitt um zwei bis drei Grad Celsius gestiegen sind. Zum Vergleich: Das Weltklima hat sich um durchschnittlich 0,9 Grad Celsius erwärmt. Die größere Trockenheit macht den Menschen zu schaffen. Die Regenphasen sind kürzer geworden, die jährlichen Niederschläge weniger und große Dürren häufiger. Fehlen Weidegrund und Wasser, verendet das Vieh und damit die Lebensgrundlage vieler Menschen in Kenia.

In der kenianischen Verfassung ist das „Recht auf saubere und gesunde Umwelt“ als Grundrecht verankert. Bis 2030 soll laut „Vision 2030“ Kenia ein Land mit sauberer, sicherer und nachhaltiger Umwelt sein.

Ein halbe Million Kenianer leben von der Blumenindustrie. Ein großer Teil der Valentinstag-Rosen stammt aus Kenia. Sie werden im Rift Valley angebaut, um den Naivasha-See herum. Anwohner des einzigen Süßwassersees der Region beklagen, dass Pestizide und Dünger ungefiltert ins Wasser eingeleitet werden und ihre Tiere sterben. Sie werfen kenianischen Politikern vor, die Einhaltung der Umweltschutzrichtlinien nicht einzufordern, weil sie selbst von der Blumenindustrie profitieren.



Vanessa Nakate Klimaaktivistin in Uganda

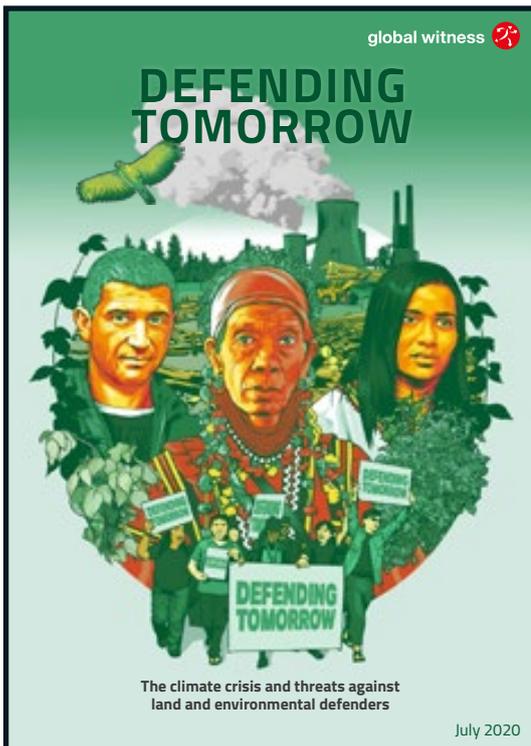
Vanessa Nakate: „Das Kongobecken ist der zweitgrößte Regenwald der Erde mit einer unglaublichen Artenvielfalt von über 10.000 verschiedenen Pflanzenarten und 1.000 Vogelarten. Zudem ist dies der einzige Ort der Welt, an dem das Okapi – auch Waldgiraffe genannt – vorkommt. Dieser Wald, der sich über die Demokratische Republik Kongo, sowie zum Teil über Gabun, die Republik Kongo, Kamerun, die Zentralafrikanische Republik und Äquatorialguinea erstreckt, repräsentiert ganz Afrika und hält die Natur des gesamten Kontinents zusammen. Obwohl das Kongobecken das zweitgrößte tropische Urwaldgebiet der Welt ist, weiß nicht jeder, dass es existiert. Ich will Bewusstsein dafür schaffen, dass die Natur

unser Erbe ist. Das müssen wir schützen – oder mit Konsequenzen rechnen. Deshalb sollten wir lieber jetzt handeln und nicht dabei zusehen, wie immer mehr Menschen dem Klimawandel zum Opfer fallen.“ (Auszug aus einem Gespräch mit Lerato Moatlhe und Pia Gralki in Global Citizen vom 12. Februar 2020)

Die 23-jährige Vanessa Nakate lebt in Kampala. Ihre Heimat Uganda spürt die herannahende Klimakatastrophe mehr als andere Orte, sagt sie. „Seit drei Monaten regnet es praktisch ununterbrochen, vor allem im Osten Ugandas“, sagt Vanessa Nakate. „Und jedes Mal, wenn es regnet, stirbt jemand.“ Ernten werden zerstört, Felder weggeschwemmt, Straßen unterspült, Menschen werden obdachlos. „Sobald mehr als drei Personen zusammenkommen, beeilt sich die Polizei, die Demo mit Tränengas aufzulösen.“ Vanessa Nakate wurde in Europa über eine Presseagentur bekannt. Ein Foto in einem Artikel der Presseagentur Associated Press (AP) über die in Davos anwesenden Klimaaktivistinnen wurde so beschnitten, dass Nakate, die eigentlich am linken Rand eines Pressebilds zu sehen war, nicht mehr abgebildet war. Stattdessen wurden nur die weißen Aktivistinnen gezeigt. Das Bild wurde von der AP an Zeitungsverlage weiterverkauft und so von ihnen veröffentlicht. Nakate selbst äußerte sich auf Twitter dazu wie folgt: „Ihr habt nicht nur ein Foto gelöscht. Ihr habt einen Kontinent gelöscht.“ Die Presseagentur musste sich daraufhin entschuldigen.



Peru, November 2019: Wir beteiligen uns als Delegation der Umweltgewerkschaft zusammen mit unserer Partner-Organisation „Canto Vivo“ am Weltklima-Tag vor dem peruanischen Umweltministerium. Heftige Diskussion mit der Umweltministerin (helles Hemd), die sagt, es werde doch schon so viel in Peru für den Umweltschutz getan ... – Das kam uns irgendwie bekannt vor!
 — Ausführlicher Bildbericht über die Chile-Peru-Reise auf der UG-Homepage zu finden unter ‚Themen‘: www.umweltgewerkschaft.org —



Umweltschützer ermordet

Nach Angaben von „Global Witness“ wurden 2019 weltweit 212 Umweltschützer getötet. Die Hälfte davon in Kolumbien und auf den Philippinen. Seit Verabschiedung des Pariser Klimaabkommens wurden pro Woche vier Umwelt- und Landverteidiger getötet. Unzählige wurden durch Morddrohungen und andere Einschüchterungsmethoden zum Schweigen gebracht. Die größten Triebkräfte für Angriffe gegen Land- und Umweltschützer seien die Agrar- sowie die Öl-, Gas- und Bergbauindustrie. Sie seien auch die Industrien, „die uns durch Entwaldung und zunehmende Kohlenstoffemissionen weiter in den unkontrollierbaren Klimawandel treiben“, erklärte Rachel Cox von Global Witness.

<https://www.globalwitness.org/en/campaigns/environmental-activists/defending-tomorrow/>

Ministerin für Übergangsfristen



Julia Klöckner (CDU), Landwirtschafts- und Verbraucherschutzministerin, zeigt deutlich ihre große Nähe zu Agrar- und Lebensmittelkonzernen und zu Großagrariern. Als Verbraucherschutzministerin verhindert sie, dass die Lebensmittelindustrie offen legen muss, wie schädlich deren Produkte für die Konsumenten sind. Unter ihrer Federführung wurde eine Studie des staatlichen Max-Rubner-Instituts (MRI) umgeschrieben, das der Einführung des Nutri-scores (Ampel mit 5 Farben) zur Kennzeichnung des Nährwertes von Lebensmitteln ein gutes Zeugnis ausstellte. Frau Klöckner bevorzugt eine Kennzeichnung auf Grundlage von Vorschlägen des Lebensmittellobbyverbandes. Eine verpflichtende, einfach verständliche Kennzeichnung,

Eine Ministerin, der Konzernprofite wichtiger sind als Tierwohl und Verbraucherschutz

wird es unter Julia Klöckner sicher nicht geben. Gegen Massentierhaltung, die Nitratbelastung des Grundwassers und anderer Gewässer oder den Einsatz von Pestiziden unternimmt sie wenig oder nichts. Der Entwurf ihres Ministeriums zur Kastenhaltung von Sauen beispielsweise sieht deren Verlängerung um weitere 15 Jahre vor. Von ihr kommt immer das gleiche Gerede. Sie wolle weder Herstellern oder Konsu-



menten Vorschriften machen noch Produkte verbieten. Frau Klöckner ist vielleicht ein besonders krasses Beispiel für willfährige bundesdeutsche Politiker, aber nur eines unter vielen. Welche persönlichen Vorteile sie aus ihrem Verhalten zieht, wissen wir nicht. Aber klar ist, dass sie dringend notwendige Maßnahmen zum Schutz von Umwelt, Menschen- und Tierwohl ständig verhindert. Und sie sorgt dafür, dass das ramponierte Image von Konzernen wie z.B. Nestle, mit dessen Deutschland-Chef Marc-Aurel Boersch sie ein Video aufgenommen hat, aufpoliert wird. Frau Klöckner ist kein Betriebsunfall in einer ansonsten funktionierenden Demokratie, sonst wäre sie schon längst aus ihrem Amt entfernt worden. Sie ist im Gegenteil ein Beispiel dafür, wie weitgehend bundesdeutsche Politiker sich in ihrem Handeln den Profitinteressen von Konzernen, Banken und Spekulanten untergeordnet haben. Verschiedene Vereine und Organisationen decken zwar immer wieder Korruptionsfälle auf oder berichten über die Arbeit der Lobbyisten, von denen es allein in Berlin über 6.000 Personen gibt. Geändert hat sich allerdings an deren Verhalten nichts wirklich. Klöckner, Scheuer, Altmaier, Merkel und Co ist es egal, wenn sie öffentlich kritisiert werden. Sie sind abgebrüht und gewissenlos. Wir sollten uns aber die Frage stellen, wie lange wir uns solche Politiker*innen noch leisten wollen.

Die Solidarität der A

Frank Hammer, Delegierter aus den USA, bei der 2. Internationalen Automobilarbeiterkonferenz im Februar 2020 in Johannesburg in Südafrika. In einem Interview mit Paul Jay von „theAnalysis. News“ spricht er über die Bedeutung der Konferenz und des gemeinsamen Kampfes von Automobilarbeitern und kämpferischer Umweltbewegung. Auszug aus dem Interview vom 25.6.2020:

„... Und die Umweltgewerkschaft ist wirklich die Organisation, die die Zusammenarbeit zwischen kämpferischen Umweltschützern und der kämp-

Bild unten: Peru, November 2019: Gernot, selbst kann auf einer Streikversammlung im „Haus der werkschaft vorstellen und Solidaritätsgrüße über und Arbeitsplätze zusammen gehören! Die Berg der Umweltzerstörungen durch die Bergbaukonz



ferischen Automobilarbeiterbewegung erreichen will. Es war sehr ermutigend für uns alle. Es ist eine große Herausforderung für die Automobilarbeiter, die konfrontiert sind mit allen möglichen Kämpfen gegen Betriebsschließungen, mehrstufigen Lohnstrukturen, die von den Unternehmen eingeführt werden, usw. Wir dürfen die Augen im täglichen Kampf nicht verschließen vor dem weiterreichenden Kampf gegen die drohende Klimakatastrophe, ausgelöst



Arbeiterklasse wächst

durch Treibhausgase und Kohlenstoffemissionen.

Es war also ein Aufruf, den die Automobilarbeiter in ihre eigenen Länder mitnehmen und dort verbreiten wollen.

„Und wir sagen, dass die Automobilarbeiter die Umweltbewegung besser verstehen müssen. Die Automobilarbeiter müssen die Umweltbewegung in ihre Reihen bringen. Und die Umweltbewegung muss gleichzeitig den Kampf der Arbeitnehmer verstärken und unterstützen. Also das war der Kern der Sache.“

Metallarbeiter und UG-Bundesvorstandsmitglied, „Bergarbeiter“ in Lima sprechen, die Umweltgeheimnissen. Große Zustimmung, dass Umweltschutzarbeitergewerkschaft hatte vor kurzem die Frage in ihr Kampfprogramm aufgenommen.



Das vollständige Interview, Video und Podcast in Englisch auf: <https://theanalysis.news/interviews/working-class-solidarity-is-growing-frank-hammer/>

Frank Hammer war über 50 Jahre als Automobilarbeiter und Arbeiterführer in Detroit tätig und kämpfte für soziale und ökologische Gerechtigkeit. Er ist ehemaliger Präsident und Verhandlungsführer von UAW (United Auto Workers) Local 909 und General Motors in Warren, Michigan. Und er ist ein pensionierter internationaler Vertreter von UAW-GM. Frank ist Mitbegründer der Autoworker Caravan und Vorsitzender der GM-Sektion des International Auto Workers Council und führendes Mitglied mehrerer Solidaritätsnetzwerke für Arbeitnehmer innerhalb der UAW sowie in den USA und weltweit.

Klimagerechtigkeit – wie soll das gehen?

„What do we want? – Climate justice! – When do we want it? – Now!“ Tausendfach erschallt dieser Ruf bei den zahlreichen Friday-for-Future-Protesten in Deutschland. Die Forderung ist populär und hört sich spontan ja auch gut an.



KEIN GRAD WEITER! Fridays-for-Future-Demo in Berlin am 25.9.2020

Es ist ungerecht, dass die Bevölkerung der Länder die am wenigsten CO₂ emittieren oft am meisten unter den Folgen leiden müssen. Sie müssen ihr Land verlassen, weil die Ernte vertrocknet oder das Vieh verdurstet oder sie von Überschwemmungen und Extremwettern betroffen sind. Gut ist, dass die Umweltbewegung über Ländergrenzen hinaus denkt. Das ist eine ihrer Stärken und da sind wir uns mit vielen Aktiven einig.

Kann Klimagerechtigkeit verwirklicht werden? Die Vorstellung, dass jeder Mensch gleich viel CO₂ emittieren können soll, ist nicht gerecht, sondern zielt in die völlig falsche Richtung. Die Art, wie produziert wird, ist doch in Wahrheit die Ursache dafür, dass CO₂-Emissionen entstehen. Und die muss an den Pranger gestellt und bekämpft werden. Nicht der oder die, die ein Auto mit Verbrenner fahren, sind Übeltäter*in, sondern die Autokonzerne, die ihre Profite mit diesen Fahrzeugen machen. Nicht, weil wir Strom beziehen, der aus fossilen Energieträgern hergestellt wird, sind wir verantwortlich, sondern die Kraftwerksbetreiber, die mit Kohle und Atom Gewinne machen wollen und politischen Einfluss haben, um das bei uns noch bis 2038 zu tun. Auch nicht diejenigen, die Fleisch aus Massentierhaltung essen, sind die Bösewichte, sondern dass es in diesem System möglich ist, auf so abartige Weise Tiere zu quälen und die Um-

welt zu zerstören; das ist das Übel. Es ist also falsch, obwohl es viel falsches Verhalten und Ignoranz gibt, die Menschen in den Industrieländern verantwortlich zu machen. Genau das macht die Grüne Luisa Neubauer. Sie spricht sogar von Terrorismus. „Zum einen ist es ungerecht, uns jungen Menschen unsere Zukunft zu nehmen, bevor wir sie überhaupt gelebt haben ... Andererseits erleben wir jetzt schon Dürren, Wirbelstürme, Überschwemmungen, Artensterben. Dass wir es wagen, die Gegenwart von anderen in anderen Teilen der Welt derart zu terrorisieren, ist sehr ungerecht.“⁴¹ Es ist erstens völlig falsch, Gegensätze zwischen den älteren Generationen und den Jüngeren aufzubauen.

Wir von der Umweltgewerkschaft meinen zudem, Terroristen sind die Konzerne, die mit fossilen Energieträgern ihre Profite machen und die weltweit produzieren lassen, die Handelsströme kontrollieren und beherr- ➔



Protest gegen das französisch-indische Atomkraftwerk Jaitapur

schen. Sie gehen rücksichtslos mit Leben und der Natur um. Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika und die dort lebenden Menschen betrachten sie als billige Ausbeutungsobjekte und die natürliche Umwelt wird rücksichtslos zerstört. Die großen Flüsse Asiens wurden von H&M, Levis und den anderen Textilkonzernen zu Kloaken gemacht. Was aktuelle Modifarbe ist, kann man jedes Jahr an der Farbe dieser Flüsse sehen. Was würde sich ändern, wenn die Menschen in Afrika oder Asien mehr CO₂ emittieren dürften?

Es ist absolut richtig, sich zu überlegen, wie und wo die Dinge, die wir kaufen hergestellt werden und darauf zu verzichten. Ändern wird das an dem Verhalten der Konzerne allerdings nichts. Sie werden uns, wie es VW und die anderen Autobetrüger gemacht haben, erzählen, dass sie nachhaltig und umweltfreundlich produzieren, ihren Beschäftigten Mindestlöhne zahlen usw. Kontrollierbar sind solche Versprechungen sowieso nicht und sie sind auch nicht durchsetzbar. Dazu ist der Widerstand der Beschäftigten vor Ort und die internationale Solidarität notwendig.

Die Abartigkeit der kapitalistischen Produktion drückt sich auch darin aus, dass auch Gesundheit und Leben der Menschen in der 3. Welt als minderwertig betrachtet werden. 1992 berichtete die Neue Ruhr Zeitung über eine Ausführung des damaligen Weltbankpräsidenten Lawrence Summers : „Wenn beispielsweise eine Substanz Prostatakrebs auslöst, sei die Besorgnis in Staaten mit höheren Überle-

benschancen viel größer als in Ländern, wo die Kindersterblichkeit bei 200 von 1.000 Neugeborenen liege. Einige Staaten Afrikas seien im Verhältnis zur Bevölkerungszahl „zu wenig verschmutzt.“²

Greta Thunberg, die viel getan hat, damit der Kampf gegen die Umweltzerstörung einen Aufschwung nahm, liegt in dem Punkt falsch. Sie sagte: „Das heißt, dass reiche Länder reduzieren müssen, damit Menschen in den ärmeren Ländern ihren Lebensstandard erhöhen können, indem sie einen Teil der Infrastruktur aufbauen, die wir bereits besitzen: Krankenhäuser, Stromversorgung und sauberes Trinkwasser. Denn wie können wir von Ländern wie Indien, Kolumbien oder Nigeria erwarten“³ In Indien gibt es auch Milliardäre und z.B. Konzerne, die mit Kohle und Atom Profite machen. Der ADANI-Konzern (Hauptsitz Indi-



Protest gegen das AKW Jaitapur

en) will in Australien nächstes Jahr die größte Kohle-Mine der Welt eröffnen. 60 Millionen Tonnen Kohle sollen pro Jahr gefördert, exportiert und verfeuert werden – zusätzlich zu der enormen Kohle-Öl-Gas-Verbrennung, die die globale Umweltkrise antreibt. In Indien sind bereits AKWS an 7 Standorten mit 22 Reaktorblöcken in Betrieb.⁴ Emanuel Macron hat 2018 der indischen Regierung das größte Atomkraftwerk der Welt, mit 10.000 MW Leistung verkauft. Es soll in Jaitapur, einem Erdbebengebiet, gebaut werden. Die Gegend zählt zu den drei Zonen Indiens mit der größten Biodiversität und großem Fischreichtum. Der Widerstand der Bevölkerung ist sehr groß. „No nuclear – Areva go back“ kann man überall lesen. Die Frage ist also: Soll die Umweltbewegung den Widerstand gegen das AKW unterstützen oder den Bau befürworten? Die Antworten dürften wohl klar sein.

Was verbirgt sich hinter dem Global Commons Institute (GCI)?

Das GCI wurde 1990 in Großbritannien gegründet, um Konzepte für weltweite „Klimagerechtigkeit“ zu entwickeln und zu verbreiten. Ihre Konvergenz-Idee geht davon aus, dass jedem Menschen die gleiche Menge an CO₂-Emissionen zugestanden werden soll. Dieses „Gerechtigkeitsziel“ soll mit dem Ende der Konvergenz-Phase erreicht werden. Dieses Konzept würde es vielen „Entwicklungsländern“ theoretisch erlauben, ihren Treibhausgas-Ausstoß zum Teil erheblich zu steigern. Es darf aber kein Recht auf Verschmutzung geben, weder für die Industriestaaten, noch für die Entwicklungsländer.

Im Kern steckt hinter dem Konzept der Klimagerechtigkeit die Vorstellung, dass die dringend notwendige Reduktion der Treibhausgasemissionen durch Vereinbarungen oder gar die Einsicht der Hauptverursacher zu erreichen ist. Die Wirklichkeit zeigt aber genau das Gegenteil. Bei uns ist Widerstand gegen die weitere Kohleverstromung notwendig, genauso wie in anderen Ländern der Widerstand gegen den Ausbau von CO₂-emittierenden Projekten.



Demonstration in Brasilien gegen den faschistischen Präsidenten Jair Bolsonaro

Die persönliche Lebensweise ändern?

Natürlich ist es notwendig, auch in der persönlichen Lebensweise einiges zu verändern – wie zum Beispiel mehr mit Öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem Fahrrad zu fahren, den persönlichen Fleischkonsum zu reduzieren oder seine Kleider nicht bei Billigstanbietern zu kaufen. Als Umweltgewerkschafter „... fördern (wir) eine bewusste Verhaltensänderung im Sinne eines nachhaltigen Umweltschutzes. Doch die Unterwerfung der gesamten Gesellschaft unter das kapitalistische, umweltzerstörerische Profitprinzip trennt Mensch und Natur. Das kann nur gesellschaftlich und nicht allein durch individuelle Verhaltensänderung gelöst werden.“⁵

Diese notwendige Selbstveränderung darf auch nicht zur Spaltung in Umweltschützer, die dazu bereit seien, und Arbeitern, die noch an ihren Autos festhielten und einer „imperialen Lebensweise“⁶ frönen, führen. Die Umweltgewerkschaft fördert ausdrücklich die Einheit von Umwelt- und Arbeiterbewegung.

Wie kämpfen?

Das Beispiel Adani, Siemens und die Kohlemine in Australien zeigen: Weltweit verbundene Konzern-Belegschaften sind heute die stärkste Kraft. Längst sind alle technischen und wissenschaftlichen Möglichkeiten für eine andere Produktion vorhanden. Sie muss aber

gegen den Widerstand kapitalistischer Umweltzerstörer erkämpft werden! Arbeiterbewegung und Umweltbewegung müssen deshalb gemeinsam für eine von Ausbeutung befreite Gesellschaft eintreten!

Wirkliche Gerechtigkeit in der Umweltfrage heißt: Umweltschutz auf Kosten der Profite – statt CO₂-Steuer! Strafrechtliche Verfolgung der Umweltverbrecher wie Siemens, VW und RAG! Die Umwelt muss vor der Profitwirtschaft geschützt werden. Wir brauchen die Kampfeinheit von Alt und Jung, von den Arbeitern und breiten Massen in den imperialistischen Ländern und in den Entwicklungsländern weltweit.

- 1 Blog.gls.de, 17.5.19, Interview mit Luisa Neubauer
- 2 Neue Ruhr Zeitung, 6.2.1992
- 3 Greta Thunberg: Ich will, dass ihr in Panik geratet! Fischer Taschenbuch, Juli 2019, S.41
- 4 Indien liegt zur Zeit mit 22 AKWs an 7. Stelle im Ranking mit Ländern die AKWs betreiben. 7 weitere sind im Bau und weitere 19 Anlagen sind in Planung.
- 5 Programm der Umweltgewerkschaft, Abschnitt 3: Für ein Leben in Einklang mit der Natur
- 6 Ulrich Brand, Markus Wissen: Imperiale Lebensweise, Oekom Verlag 2017. Das Konzept der „imperialen Lebensweise“ besagt, dass die allermeisten Menschen hierzulande auf Kosten der Natur und der Arbeitskräfte anderer Weltregionen leben. Es lenkt von der Analyse der Klassenverhältnisse in den einzelnen Gesellschaftsformationen ab und unterstellt, dass es seit hundert Jahren eine gemeinsame, klassenübergreifende Lebensweise in den kapitalistischen Zentren gäbe. Es verneint die großen Billiglohnsektoren in allen hochindustrialisierten Ländern und legt nahe, die reichen Arbeiter des Nordens würden die des Südens ausbeuten oder zumindest auf ihre Kosten leben.

Klimaneutralität: die richtige Antwort?

Klimaneutralität bedeutet, ein Gleichgewicht zwischen Kohlenstoffemissionen und der Aufnahme von Kohlenstoff aus der Atmosphäre in Kohlenstoffsenken herzustellen. Die wichtigsten Kohlenstoffsenken sind Meere, Wälder und Böden. Sie entfernen zwischen 9,5 und 11 Gt CO₂ pro Jahr. Allerdings ist die Aufnahmefähigkeit der Kohlenstoffsenken als Folge der steigenden CO₂-Emissionen, durch Abholzung der Wälder etc. selbst bedroht. Um Netto-Null-Emissionen zu erreichen, müssen alle weltweiten Treibhausgasemissionen durch Kohlenstoffbindung ausgeglichen werden. Ob und wie dieser Zustand feststellbar ist, können wir nicht beurteilen.



Klimaneutralität ist nach Ansicht des Weltklimarates (IPCC) bis Mitte des 21. Jahrhunderts notwendig, um die globale Erwärmung auf 1,5° Celsius zu begrenzen. Also erst bis 2050 sollen die Kohlenstoffemissionen ausgeglichen sein. Das IPCC geht dabei davon aus, dass noch 420 Gt CO₂ emittiert werden dürfen, wenn das 1,5 Grad Ziel mit 66% (!) Wahrscheinlichkeit erreicht werden soll. ↓





Umweltgewerkschaft in Peru, November 2019: Zusammen mit unserer dortigen Partner-Organisation „Canto Vivo“ und Jugendlichen einer Schule in einem Armenviertel von Lima säuberten wir einen Schulgarten von Müll und pflanzten Baum-Setzlinge. Einer der Schüler organisierte sich daraufhin in CANTO VIVO und will in seiner Schule für aktiven Umweltschutz werben. CANTIO VIVO macht eine regelmäßige, mit Praxis verbundene Umwelt-Aufklärungsarbeit unter der Jugend – sogar in einem Jugendknast.

Achtung!

Transformationstheorien nicht auf den Leim gehen!

Seit 2009, als in Kopenhagen der 15. Weltklimagipfel scheiterte, fordern überall auf der Welt Teile der Umweltbewegung einen Systemwechsel. Ihr Motto: „System chance – not climate chance!“ Es wird eben immer klarer, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem Ursache der die gesamte Menschheit bedrohenden Umweltkrise ist. Deshalb stellt sich immer deutlicher auch die Frage, ob Umweltschutz und Profitwirtschaft überhaupt vereinbar sind. Sind Ökologie und *diese* Ökonomie vereinbar? Ist es möglich die rücksichtslose Jagd nach Profit zu bändigen? Sind die Auto-, Energie-, Bergbau-, Chemiekonzerne etc. bereit und willens, anders zu

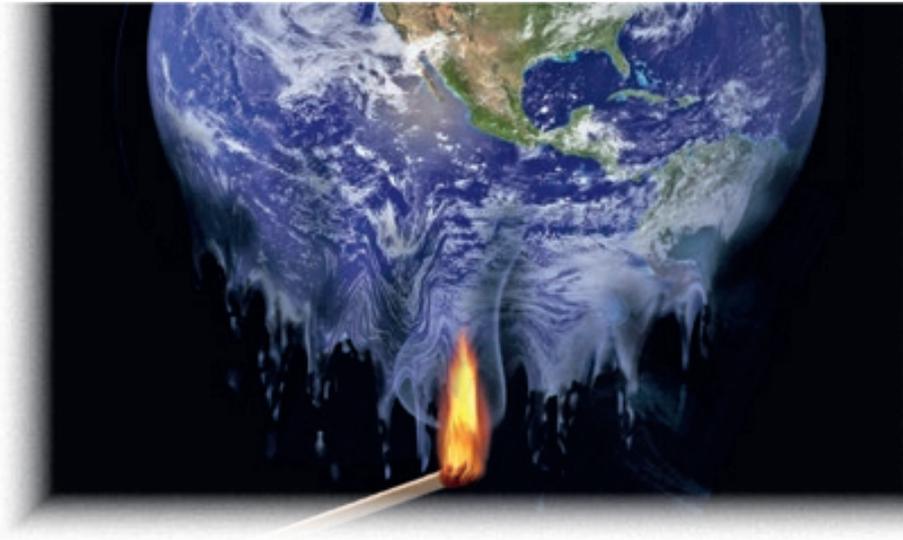
wirtschaften? Die Fakten sprechen eine eindeutige Sprache. Von 1990 bis heute ist der CO₂-Ausstoß weltweit um über 60 Prozent angestiegen. Die Zerstörung der Natur geht ungebremst weiter.

Ursula von der Leyen hat am 11. Dezember 2019 ihren „European Green Deal“ vorgestellt: ein unverbindliches Konzept mit dem Ziel, bis 2050 in der EU die Netto-Emissionen von Treibhausgasen auf null zu reduzieren und somit klimaneutral zu werden. Zuverlässig sind an diesem „Deal“ allerdings nur die zugesagten gigantischen Subventionen für die Großindustrie. Die Wortschöpfung „European Green Deal“ ist reine Propaganda. Sie täuscht Ver-

änderungen nur vor. Sie soll vor allem davon ablenken, dass jetzt Sofortmaßnahmen dringend notwendig sind, mit denen der CO₂-Ausstoß bis 2030 um 70 bis 90 Prozent reduziert werden muss. Die Menschheit kann nicht bis 2050 warten!

Frau von der Leyen als Klimakämpferin? Das ist schon ein Witz. Trotzdem wird der Green Deal von den Medien hochgespielt. Offensichtlich ist es die Absicht, Verwirrung zu stiften und die kämpferische Umweltbewegung zu zersetzen. Insbesondere die Konzerne als Hauptverursacher für die drohende Umweltkatastrophe sollen aus dem Schussfeld genommen werden. →

Mit dem Green Deal haben auch Transformations-theorien wieder Konjunktur. So bietet das Umweltbundesamt seit September 2015 „Transformationsstrategien und Models of Change für nachhaltigen gesellschaftlichen Wandel – Wie Transformationen und gesellschaftliche Innovationen gelingen können“ an und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) seit dem 9.1.2014 gar die „Große Transformation“. Seitdem ist der Begriff im Umweltbereich inflationär geworden und richtet sich ausdrücklich gegen die Losung „System change – not climate chance!“



Die Umweltgewerkschaft schreibt in ihrem Programm: „Wir begrüßen, unterstützen und fördern eine bewusste Verhaltensänderung im Sinne eines nachhaltigen Umweltschutzes. Doch die Unterwerfung der gesamten Gesellschaft unter das kapitalistische, umweltzerstörerische Profitprinzip trennt Mensch und Natur. Das kann nur gesell-

schaftlich und nicht allein durch individuelle Verhaltensänderung gelöst werden. Wir wollen eine menschenwürdige, gerechte Gesellschaft ohne Ausbeutung von Mensch und Natur. Zentrale Merkmale einer von Ausbeutung, Unterdrückung und Umweltzerstörung befreiten Gesellschaft sind weltweite ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Produktion auf Basis erneuerbarer Energien sowie ein verantwortungsvoller Konsum.“

Wir kämpfen deshalb systemverändernd für drastische Sofortmaßnahmen für den Klima- und Umweltschutz!



Umweltgewerkschaft e.V. gemeinnütziger Verein Mitgliedsantrag

Ortsgruppe

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon Email

Geburtsdatum Beruf
(freiwillige Angabe)

Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ab pro Monat Euro

Mindestbeitragsätze: Vollverdiener (ab 18 Jahre): 2,00 Euro; Sozialbeitrag: 1,00 Euro
Jugendliche (ab 16 Jahre): 1,00 Euro; Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre: 0,50 Euro
Freiwillige höhere Beitragszahlungen sind ausdrücklich erwünscht!

Zahlungsart: Ich zahle bar Ich überweise per Dauerauftrag
 Ich erteile eine Einzugsermächtigung
dann bitte nebenstehendes Formular ausfüllen →

Zahlungsweise: jährlich quartalsweise

Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Grundsätze und die Satzung der Umweltgewerkschaft an und erkläre mich mit der Verarbeitung meiner Daten im Rahmen der Datenschutzerklärung einverstanden.

Alle Daten werden streng vertraulich behandelt und NICHT an Dritte weitergegeben.

Ort, Datum, Unterschrift

SEPA Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich die Umweltgewerkschaft e.V., die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen.

Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der Umweltgewerkschaft e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Name, Vorname (Kontoinhaber*in)

Mein Konto:

IBAN DE

bei der

BIC:

Hinweise: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Das SEPA-Lastschriftmandat wird erteilt für:
Umweltgewerkschaft e.V.,
Bremer Straße 42, 10551 Berlin
mit der Gläubiger-Identifikationsnummer
DE78 2220 0001 9667 92.

Die Mandatsreferenz ist identisch mit der UG-Mitgliedsnummer.

Ort, Datum, Unterschrift

Bitte senden an: Umweltgewerkschaft e.V. · Bremer Straße 42 · 10551 Berlin

Und was hilft uns bei Insektenstichen?

Belästigen wir Insekten, dann wehren sie sich.

Was tun?

Im Garten oder Hof findest du überall diese Pflanzen:



Löwenzahn



Spitzwegerich



Gänseblümchen

Welche Pflanze hilft?

Wenn du gestochen worden bist, pflücke ein Blatt Spitzwegerich, kaue kurz darauf und zerleibe es an der Stelle, wo du gepöckst worden bist.

Die Pflanzen erfüllen dabei verschiedene Zwecke. Nicht nur Nektar und Pollen, sondern auch die Stängel und Blätter sind wichtig für Insekten. Denn daraus werden Nester gebaut oder sie werden von Raupen gefressen. Manche Insekten sind auf bestimmte Pflanzen angewiesen, andere sind da nicht so wählerisch. Aber allen fehlt es an Nahrung und Lebensraum. Der Einsatz von Pestiziden und die fortschreitende Verarmung der Landschaft machen es vielen Arten schwer, noch ausreichend Nahrung zu finden.

Liebe Kinder,

durch die Insektenhotels helfst ihr den Insekten bei ihrer Arbeit. Den Verlust ihrer Lebensräume kannst du dadurch allerdings nicht ausgleichen. Aber du kannst sie beobachten und von ihnen lernen. Insekten sind sehr fleißig und tun viel für ihre Gemeinschaft. Bienen helfen zum Beispiel Tomaten, Erdbeeren oder Apfelbäume zu bestäuben. Ohne Bienen gäbe es sehr viel weniger Äpfel.

Mit Bambusröhrchen oder Schilf geht es am besten. Ihr fragt in der Nachbarschaft, wer so was hat. In manchen Gärten wächst bereits Bambus. Mit einer kleinen Handsäge zerteilt ihr die Stängel so, dass sie auf der einen Seite einen Knoten und auf der anderen Seite offen sind. Sie müssen nicht gleich dick sein. Auch Insekten sind unterschiedlich groß.

Dann fragt ihr die Eltern oder den Nachbarn, ob er noch eine alte Konservendose hat. Ihr macht die Dose sauber und das Papier ab. Wer Farbe hat, kann sie bunt anmalen oder gestalten.

Dann füllt ihr die Bambusröhrchen so in die Dosen ein, dass sie vorne nicht überstehen und in sich gut verkeilt sind (oder ein kräftiges Gummiband drumherum). Das ist wichtig, damit die Röhrchen nicht bei Wind herauffallen oder von Vögeln herausgezogen werden.

Dann nehmt ihr eine Schnur oder einen Draht zum aufhängen auf dem Balkon oder im nahen Park.

Viel Spaß dabei!





Transparente aus bedrucktem Stoff, je ca. 250 x 130 cm, zwei Schlaufen seitlich, Kosten 90,- €; Bezug: UG-Büro Berlin post@ug-buero.de

Publikationen und Material für die Öffentlichkeitsarbeit der Umweltgewerkschaft



Wie kann die Versorgung mit elektrischer Energie zu 100% aus regenerativen Quellen erfolgen?
Zweite, erweiterte Auflage
Josef Lutz, Physiker und Professor für Leistungselektronik an der TU Chemnitz zieht den Schluss,

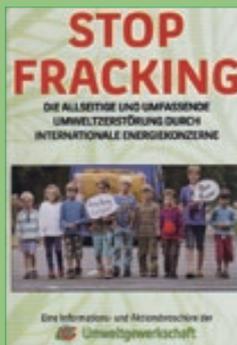
dass alle in Deutschland noch im Betrieb befindlichen AKWs sofort vom Netz genommen werden könnten, ohne dass die Versorgung mit Strom zusammenbrechen würde. Eine Stromversorgung nur auf der Grundlage von Erneuerbaren Energien kann in ca. 10 Jahren aufgebaut werden. Die technischen Voraussetzungen sind vorhanden. Die Broschüre behandelt die in der Fachwelt bekannten Zusammenhänge (mit Quellenangaben) und lehnt die geplanten „Stromautobahnen“ als Milliardenverschwendung ab.

Nur noch als Datei verfügbar. Bei Bestellung wird ein Download-Link verschickt. Schutzgebühr von 3,- € erbeten.

Bezugsquelle:
Die Broschüren sind zu bestellen bei post@ug-buero.de



Müllverbrennung die chronische Volksvergiftung
Prof. Rosin, Prof. Jooß, 2008, Preis: 5,- €
Das Fachbuch (deutsch und englisch) widerlegt umfassend die Legende von der „sauberen deutschen Müllverbrennung“ und zeigt Alternativen zur Müllverbrennung auf. Dabei wird auch die Methode des Kryorecycling von Prof. Rosin sehr gut erläutert.



Stop Fracking
Anschaulich wird die Methode des „hydraulischen Fracking“ erklärt und die Hintergründe und verheerenden Folgen für Mensch und Natur untersucht. Es vernichtet Arbeitsplätze und ruiniert die Landwirtschaft.

Nach wie vor aktuell und informativ!
Kann gegen eine Spende abgegeben werden.



Westen Umweltgewerkschaft
Preis: 5,00 €



Neue Aufkleber, rund noch keine Einzelheiten verfügbar



Programm der Umweltgewerkschaft als Broschüre
Preis: 2,- € Schutzgebühr

RAUS AUS DER FOSSILEN VERBRENNUNG – ERSATZARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN!



**Schneller Ausstieg
aus der Verbrennung
fossiler Energien**



**sofortiges Ende des
Braunkohle-
tagebaus**

